

**Die Nationalitätenfrage in Ungarn unter besonderer Berücksichtigung  
der deutschen Minderheit**

*Schwierigkeiten der Regelung der Nationalitätenfrage*

Es ist kaum möglich, eine präzise Zahl der Stärke der einzelnen Nationalitäten in Ungarn zu geben, weil die Volkszählungen sich auf die Muttersprache beschränken. Die Resultate waren folgende<sup>1</sup>:

1949 129.131 Bürger mit nichtungarischer Muttersprache, 1,2 % der Bevölkerung  
1960 175.006 Bürger mit nichtungarischer Muttersprache, 1,8 % der Bevölkerung  
1970 155.852 Bürger mit nichtungarischer Muttersprache, 1,3 % der Bevölkerung  
1980 129.565 Bürger mit nichtungarischer Muttersprache, 1,2 % der Bevölkerung

Die Resultate der Volkszählung von 1960 hängen gewissermaßen auch mit dem Beginn des Liberalisierungsprozesses zusammen<sup>2</sup>. Nachher entstand aber in vielen ungarischen Kreisen die Auffassung, die Nationalitäten wünschten die Pflege der nationalen Kultur, den muttersprachlichen Unterricht nicht<sup>3</sup>, weshalb das Politische Komitee der Partei im September 1968 betonte, es sei notwendig, die Nationalitäten zu aktivieren, damit sie ihre nationale Identität bewahren können<sup>4</sup>.

Ab Ende der sechziger Jahre ging die Zahl der Staatsbürger mit nichtungarischer Muttersprache parallel mit der zunehmenden Liberalisierung des politischen Lebens trotzdem immer mehr zurück. Sogar die Zahl der Zigeuner mit Zigeuner-Muttersprache sank zwischen 1970 und 1980 von 34.957 auf 27.915. Die offiziellen Schätzungen zeigen Ende der sechziger Jahre eine mehrfache Stärke der Nationalitäten im Vergleich mit den Resultaten der Volkszählungen: zwischen 400.000 und 450.000, d. h. 4 bis 4,4 % der Bevölkerung<sup>5</sup>. Die Zahl jener, die sich als Bürger mit ungarischer Muttersprache erklärten, aber für den Nationalitätenunterricht, »für die kulturelle Tätigkeit der Nationalitäten Interesse hatten«, belief sich gegen Mitte der siebziger Jahre auf etwa 430.000, d. h. 4,3 % der Bevölkerung<sup>6</sup>. Auch zehn Jahre später, Anfang 1985, schätzte man die Zahl der Bürger, »die sich als Angehörige einer Nationalität bekennen«, auf 430.000<sup>7</sup>. Es gibt fünf bekannte Schätzungen in bezug auf die zahlenmäßige Stärke der einzelnen Nationalitäten: (in Tausenden)

<sup>1</sup> 1980. évi népszámlálás (Volkszählung vom Jahre 1980). Bd. 21: Demográfiai adatok (Demographische Angaben). Budapest 1981, S. 79.

<sup>2</sup> István Stefka: Hol a haza? Nemzetiségek Magyarországon 1945—1980. Budapest 1982, S. 63.

<sup>3</sup> László Kővágó: A magyar kommunisták és a nemzetiségi kérdés. Budapest 1983, S. 352.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 353.

<sup>5</sup> László Kővágó: A nemzetiségi kérdés a Magyar Népköztársaságban. 2. Aufl., Budapest 1968, S. 14.

<sup>6</sup> »Kritika«, Juni 1975, S. 4. Deutsche — 200.000, Slowaken — 110.000, Südslawen — 100.000, Rumänen — 20.000.

<sup>7</sup> »Népszava«, Budapest, 23. 1. 1985 (László Deáki: Die Nationalitäten in Ungarn).

	1.	2.	3	4.	5.
Deutsche	220	250	200—220	200	220—230
Slowaken	60	150	100	100	100—110
Rumänen	15	25	30—22	20	20—25
Südslawen	45	80	80	70	80—100
	340	505	380—402	390	425—465

1. Schätzung des Zentralen Statistischen Amtes 1955; 2. Schätzungen der Nationalitätenverbände; 3. Artikel von Károly Thúröczy in der Aprilnummer von *Pártélet*<sup>8</sup>; 4. Bericht des Bildungsministeriums (művelődésügyi minisztérium) über die Lage des Unterrichtswesens der Nationalitäten, vom März 1961; 5. Angaben der Nationalitätenabteilung des Bildungsministeriums<sup>9</sup>.

Wie groß der Unterschied zwischen den einzelnen Schätzungen ist, sieht man vor allem bei den Slowaken. Nach der Volkszählung von 1949 gab es 39.958 Staatsbürger slowakischer Muttersprache; nach Mitteilung der zentralen Parteizeitung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (Rudé Právo vom 4. März 1967) lebten in Ungarn 120.000 Slowaken; nach Schätzung des Slowakischen Verbandes 150.000; nach Behauptung der Preßburger Zeitschrift *Predvoj* (Nr. 5/1967) 300.000; nach Behauptung des Tschechoslowakischen Komitees für die Umsiedlung der slowakischen Bevölkerung Ungarns in die Slowakei (1946) zwischen 450.000 und 500.000<sup>10</sup>.

In den ersten Nachkriegsjahren gab es zwischen den einzelnen slawischen Nationalitäten und der ungarischen Staatsnation eine gewisse Spannung, was vor allem damit zusammenhing, daß die Slawen sich auf das von der Sowjetunion geförderte slawische Bewußtsein stützend (Pan-slawenkomitee in Moskau) manchmal übertriebene Forderungen an die ungarische Regierung bzw. an die einzelnen Behörden stellten. Die Süd-slawen verlangten an ihren Versammlungen und Konferenzen sogar die Ablösung jener ungarischen Beamten und Funktionäre, welche die Tätigkeit der südslawischen Organisation angeblich behindert hätten. Innenminister Rajk mußte auf Anweisung des Politischen Komitees des ZK der Ungarischen KP (U K P) vom 28. März 1946 ein Zirkular erlassen, in welchem er die Entlassung der vom »Volk« abgelösten Beamten bestätigte<sup>11</sup>.

Schon vor Kriegsende, am 18. Februar 1945, entstand die Antifaschistische Front Ungarländischer Slawen, um mit der Zeit alle Slawen Ungarns zusammenzuschließen. Im Rahmen dieser Front setzte sich die slowakische Sektion 1945/1946 ausgesprochen gegen die ungarische Regierung und die Parteiführung ein. Sie nahm — im Rahmen des von der Tschechoslowakei Ungarn aufgezwungenen »Bevölkerungsaustausches« — für die »freiwillige Rückkehr« der Slowaken in die Slowakei Stellung,

<sup>8</sup> Károly Thúröczy: A hazánkban élő nemzetiségek helyzetéről. In: »Pártélet«, Budapest, 1955, Nr. 4.

<sup>9</sup> Kővágó, A magyar kommunisták, S. 285.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 296.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 307.

indirekt also für die von der Tschechoslowakei beabsichtigten Deportation der ungarischen Minderheit aus der Slowakei nach Ungarn, — auch wenn sie dies offen nicht zugab. Allerdings protestierte der größere Teil der Slowaken gegen diese Politik der »Front«, vor allem die Großversammlung der Slowaken in Békéscsaba: »Wir, ungarländische Slowaken, sind gleichberechtigte Bürger der Ungarischen Demokratischen Republik. Wir protestieren am entschiedensten dagegen, daß man uns aus dem Land unserer Ahnen zwangsweise ausweist«<sup>12</sup>. Die Folge der eigenwilligen, von der Mehrheit der ungarländischen Slowaken nicht unterstützten, umso mehr aber von der Tschechoslowakei und von der slowakischen Fraktion der »Front« propagierten Aktion war, daß die Antifaschistische Front Ungarländischer Slawen bald auch formell auseinanderfiel (im Oktober 1947). Die slowakische Sektion nahm die Bezeichnung »Verband Ungarländischer Slowaken« an und blieb gegenüber den ungarischen Behörden weiterhin feindlich eingestellt, bis sie Ende 1948 aufgelöst wurde. Die südslawische Fraktion hat am 6. Oktober 1947 die Bezeichnung Demokratischer Verband Ungarländischer Südslawen angenommen«<sup>13</sup>.

Eine weitere Schwierigkeit in der Regelung der Nationalitätenfrage bestand darin, daß die Nationalitäten weitgehend verstreut lebten; die Mehrheit lebte auf dem Lande, dann begann aber die Abwanderung in die Städte und ein Teil der abgewanderten Intellektuellen ging für die Nationalitäten praktisch verloren. Die Budapester Gewerkschaftszeitung bewertete diese Entwicklung 1973 wie folgt: Die Bilanz könnte in allen Beziehungen günstiger sein, wenn die von den Nationalitäten stammenden Intellektuellen an der kulturellen Blüte ihrer Geburtsorte teilnehmen würden<sup>14</sup>. Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes an den V. Kongreß des Demokratischen Verbandes Ungarländischer Slowaken 1975 enthielt folgende Feststellung: »Die Intellektuellen aus der Reihe der Nationalitäten kehren ins Dorf milieus nicht gerne zurück . . . Immer mehr Einwohner slowakischer Nationalität trennen sich von der muttersprachlichen Region«. Das gleiche stellte im gleichen Jahre der VII. Kongreß des Demokratischen Verbandes Ungarländischer Südslawen fest<sup>15</sup>. Am meisten verstreut lebten und leben die Deutschen; Südslawen und Rumänen bilden doch in einigen Regionen kleinere, einigermaßen geschlossene Einheiten<sup>16</sup>. Ein Beispiel: Im Komitat Baranya leben die Deutschen in 230, die Südslawen in 119 Ortschaften, aber in keiner bilden sie die ethnische Mehrheit<sup>17</sup>. Im Komitat Pest leben 60.000 Deutsche, Südslawen und Slowaken in 60 Ortschaften<sup>18</sup>.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 317.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 307.

<sup>14</sup> »Népszava«, 27. 11. 1973 (Mehrere Möglichkeiten für die Pflege der Nationalitätenkultur).

<sup>15</sup> »Kritika«, Juni 1975 (László Zöldi).

<sup>16</sup> »Magyar nemzet«, 19. 1. 1978 (János Korompay: Nationalitäten-Museen).

<sup>17</sup> »Népszabadság«, 13. 9. 1978 (Emil Szloka: Der Nationalitätenunterricht und die Ausbildung der Pädagogen).

<sup>18</sup> »Magyar hírlap«, 9. 8. 1978 (Die Nationalitätenbevölkerung in sieben Komitaten).

### *Die rechtliche Lage der Nationalitäten*

Art. 61 der Verfassung vom 19. April 1972 lautet: »1. Die Bürger der Ungarischen Volksrepublik sind vor dem Gesetz gleich und genießen die gleichen Rechte. 2. Jede Benachteiligung der Bürger wegen ihres Geschlechts, ihrer Konfession oder Nationalität wird gesetzlich bestraft. 3. Die Ungarische Volksrepublik gewährleistet für alle auf ihrem Gebiet lebenden Nationalitäten den Unterricht in ihrer Muttersprache und die Entfaltung ihrer nationalen Kultur.«. Beinahe identisch lautete auch Art. 49 der ersten volksdemokratischen Verfassung vom 18. August 1949. Die 1949er Verfassung wurde aber besonders bis Mitte der fünfziger Jahre oft und grob verletzt.

Das neue Strafgesetzbuch wurde im Jahre 1961, in der Zeit der langsamen Liberalisierung, verabschiedet und es enthält einige Bestimmungen zum Schutz der Rechte der Nationalitäten. Das StGB (Gesetz Nr. V/1961, Art. 12) läßt jene Person, die gegen ein Volk, eine Nationalität, eine Religion oder Rasse solche Handlungen begeht, welche geeignet sind, Haß gegen diese hervorzurufen, mit Freiheitsentzug von 6 Monaten bis zu 5 Jahren ahnden (Abs. 1, Punkt d); die gleiche Handlung, begangen in der Presse, wird mit Freiheitsentzug von zwei bis acht Jahren bestraft (Abs. 2). Art. 138 erweiterte den Rechtsschutz der Nationalitäten: Wer den Mitgliedern einer nationalen, Volks- oder Rassengemeinschaft bzw. einer religiösen Gruppe schwerwiegende körperliche oder seelische Leiden verursacht, wird mit Freiheitsentzug von zwei bis acht Jahren bestraft<sup>18a</sup>.

Für die Verwirklichung der Nationalitätenpolitik bzw. die Kontrolle der Einhaltung der diesbezüglichen Rechtsnormen wurden bei den meisten Komitatsräten spezielle Nationalitätenkommissionen errichtet. Für die Lösung der Schulprobleme und die Pflege der Nationalitätenkultur entstand 1968 im Bildungsministerium eine selbständige Abteilung für die Nationalitäten. Bis 1972 war diese das einzige, sich ausschließlich mit Nationalitätenfragen beschäftigende zentrale Organ des Staates. 1972 wurde dann das Beratungskomitee für Nationalitätenfragen beim Bildungsminister ins Leben gerufen.

In den siebziger Jahren wurde das Bildungsministerium in zwei Ministerien gespalten: ins Unterrichtsministerium mit einem Komitee für Nationalitätenunterricht und ins Kulturministerium mit einer Abteilung zur Förderung der Nationalitätenkultur, welche die Koordinierung und die Leitung der Arbeit staatlicher Organe im Zusammenhang mit den Nationalitäten zur Aufgabe hatte. Seit der erneuten Vereinigung beider Ministerien im Bildungsministerium im Jahre 1980 ist es die selbständige Nationalitätenabteilung, welche für die Verwirklichung der Nationalitätenpolitik in Zusammenarbeit mit den lokalen Räten und den Nationalitätenverbänden sorgt<sup>19</sup>.

Die wichtigsten praktischen Fragen wurden und werden aber meistens in Parteibeschlüssen geregelt. Der erste wichtige Beschluß des Politischen

<sup>18a</sup> Törvények és rendeletek hatályos gyűjteménye 1961. Budapest 1962, S. 46—48.

<sup>19</sup> Stefka, S. 87—88.

Komitees des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (U S A P) vom 7. Oktober 1958 betonte: »Das ZK wacht streng über die Einhaltung, die Verwirklichung der Nationalitätenrechte und verlangt von allen Parteiorganisationen, die in einigen Ortschaften auftauchenden Mißverständnisse abzuklären«. Außerdem verpflichtete das Politische Komitee das Bildungsministerium, »die Ansprüche auf muttersprachlichen Unterricht zu befriedigen« und »zusammen mit den Nationalitätenverbänden den Gebrauch der Muttersprache durch die in unserem Lande lebenden Nationalitäten zu fördern... In den mehrheitlich von Nationalitäten bewohnten Ortschaften muß man die Frage der zweisprachigen Anschriften, Anschläge lösen... In den von Nationalitäten bewohnten Gebieten muß man bei der Einsetzung der Kader die Werkstätigen aus der Reihe der Nationalitäten berücksichtigen«. Außerdem äußerte dieses wichtige Dokument den Wunsch, daß die Hochschulabsolventen aus der Reihe der Nationalitäten möglichst in ihren muttersprachlichen Gebieten arbeiten<sup>20</sup>. Der XI. Parteikongreß 1975 nahm die Nationalitätenpolitik als einen wichtigen Bestandteil der »Bündnispolitik« ins Parteiprogramm auf<sup>21</sup>.

Von besonderer Bedeutung war der Beschluß des Politischen Komitees vom 18. Januar 1978: Man müsse die richtige Praxis fortsetzen, wonach in den von Nationalitäten bewohnten Ortschaften die Straßen, die neuen Institutionen und Organe die Namen der großen historischen Persönlichkeiten der betreffenden Nationalität tragen. Des weiteren verlangte der Beschluß: man müsse garantieren, daß die Angehörigen der Nationalitäten ihren Kindern ihre traditionellen, nationalen Vornamen geben und daß diese in die Matrikel eingetragen werden<sup>22</sup>. Wie wichtig die letzt-erwähnte Anweisung war bzw. ist, sieht man klar, wenn man berücksichtigt, daß z. B. in Rumänien die ungarischen Vornamen in die Matrikel in der Regel nicht eingetragen werden, sondern lediglich deren rumänische Versionen.

Für die Einführung des muttersprachlichen Unterrichtes sorgte die Regierung bald nach dem Krieg. Die Verordnung der provisorischen Regierung vom 25. Oktober 1945 räumte den Nationalitäten — mit Ausnahme der Deutschen — auf dem Gebiet der Volksbildung weitgehende Rechte ein: Wenn es die Eltern von mindestens zehn Schülern verlangen, soll die Versammlung der Eltern der Nationalitätenkinder mit geheimer Abstimmung entscheiden, ob der ganze Unterricht in der Muttersprache gewährleistet oder die Muttersprache in einer ungarischen Schule als Pflichtfach unterrichtet werden soll. Auf Antrag der slawischen Nationalitäten hat die Regierung in einer Verordnung vom 15. Januar 1946 die staatliche Unterstützung für die Nationalitätenschulen erweitert<sup>23</sup>. Die Verordnung der Regierung Nr. 330/1946 vom 15. Januar 1946 lautete; Art. 1. »Für die zu einer Nationalität gehörenden Schüler muß der muttersprachliche Unterricht durch Errichtung und Unterhaltung staatlicher Schulen... gesichert werden«. Die Einzelheiten regelte die Ge-

<sup>20</sup> Ebenda, S. 73—74.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 85.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 88.

<sup>23</sup> Oszkár Betlen: A nemzetiségek Magyarországon (Die Nationalitäten in Ungarn). In: Társadalmi szemle, Budapest, 1956, S. 115 f.

setzesverordnung Nr. 13/1962: Wenn die Zahl der zur gleichen Nationalität gehörenden schulpflichtigen Kinder in einer Ortschaft 15 erreicht, muß man für sie entweder den muttersprachlichen Unterricht oder die Muttersprache als Pflichtfach garantieren. Für jene, die am muttersprachlichen Unterricht teilnehmen, muß die ungarische Sprache und Literatur als Pflichtfach gelten. Die Vollzugsverordnung des Bildungsministers Nr. 7/1963 schrieb vor: Bei der Aufnahme der Nationalitätenkinder in eine Schule muß der Erziehungsberechtigte darauf aufmerksam gemacht werden, daß das Kind eine andere Schule des gleichen Charakters, aber mit muttersprachlichem Unterricht oder eine Schule, in welcher die Muttersprache als Pflichtfach unterrichtet wird, besuchen könne<sup>24</sup>.

Es entstanden zwei Typen der Nationalitätenschulen: 1. Die Schule mit muttersprachlichem Unterricht und 2. die sogenannte Schule mit Unterricht der Nationalitätensprache, in welcher aber der Unterricht ungarisch erfolgt. Die Nationalitätensprache wird in diesen Schulen heute in den 1.—2. Klassen in wöchentlich drei, in den übrigen Klassen in wöchentlich vier Stunden unterrichtet. Dieser Schultyp wurde dort eingeführt, wo die Zahl der Nationalitätenschüler sehr gering war und ist<sup>25</sup>. Folgende Zusammenstellung zeigt, wie der zweite Typ immer mehr die Oberhand gewonnen hat:

*Zahl der zum Typ 1. gehörenden Grundschulen:*

1968: 1 deutsche, 8 rumänische, 6 slowakische;  
1979: 2 deutsche, 2 rumänische, 3 slowakische.

*Schülerzahl in ihnen:*

1968: 24 in deutschen Schulen, 802 in rumänischen, 706 in slowakischen, 459 in serbokroatischen;  
1979: 148 in deutschen Schulen, 637 in rumänischen, 474 in slowakischen, 499 in serbokroatischen.

*Zahl der Pädagogen in den erwähnten Grundschulen:*

1968: 5 in deutschen Schulen, 56 in rumänischen, 40 in serbokroatischen, 55 in slowakischen;  
1979: 5 in deutschen Schulen (1972 — 11), 6 in rumänischen, 45 in serbokroatischen, 55 in slowakischen<sup>26</sup>.

*Zahl der zum Typ 2. gehörenden Grundschulen:*

1968: 123 deutsche, 8 rumänische, 31 serbokroatische, 39 slowakische, 6 slowenische;

<sup>24</sup> Révész, László: Die nationalen Minderheiten in Ungarn. In: Brunner, Georg; Meißner, Boris (Hrsg.): Die Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion und in Osteuropa. Köln 1982, S. 165—188, hier: S. 176.

<sup>25</sup> Rudolf Joó: Nemzeti és nemzetiségi örendelkezés, önkormányzat, egyenjogúság (Nationale- und Nationalitäten-Selbstbestimmung, Selbstverwaltung, Gleichberechtigung). Budapest 1984, S. 164.

<sup>26</sup> Stefka, S. 178.

1979: 158 deutsche, 6 rumänische, 41 serbokroatische, 41 slowakische, 5 slowenische.

*Zahl der Pädagogen in ihnen:*

1968: 168 Deutsche, 11 Rumänen, 72 Serbokroaten, 215 Slowaken, 24 Slowenen;

1979: 294 Deutsche, 16 Rumänen, 85 Serbokroaten, 384 Slowaken, 23 Slowenen.

*Nationalitätengymnasien:*

1968: 3 deutsche, 1 serbokroatisches, 2 slowakische;

1979: 3 deutsche, 1 rumänisches, 1 serbokroatisches, 2 slowakische.

*Schülerzahl in ihnen:*

1968: 396 Deutsche, 72 Rumänen, 105 Serbokroaten, 144 Slowaken;

1979: 322 Deutsche, 121 Rumänen, 127 Serbokroaten, 133 Slowaken.

*Zahl der Gymnasiallehrer:*

1968: 16 Deutsche, 7 Rumänen, 11 Serbokroaten, 18 Slowaken;

1979: 16 Deutsche, 10 Rumänen, 11 Serbokroaten, 21 Slowaken<sup>27</sup>.

*Fachschulen für Nationalitäten:*

ab 1974: für die deutsche, serbokroatische und slowakische Minderheit — je eine.

*Schülerzahl in ihnen:*

ab 1974: 5 Deutsche, 3 Serbokroaten, 6 Slowaken;

1979: 26 Deutsche, 15 Serbokroaten, 27 Slowaken.

*Zahl der Pädagogen in ihnen:*

1974: 2 Deutsche, 2 Serbokroaten, 2 Slowaken<sup>28</sup>.

*Nationalitäten-Kindergärten:*

1968: 6 deutsche, 12 rumänische, 12 serbokroatische, 15 slowakische;

1979: 94 deutsche, 13 rumänische, 28 serbokroatische, 49 slowakische.

*Zahl der Kinder in ihnen:*

1979: 5324 Deutsche, 368 Rumänen, 1562 Serbokroaten, 2268 Slowaken<sup>29</sup>;

*Zahl der Kindergärtnerinnen:*

1968: 8 Deutsche, 6 Rumäninnen, 10 Serbokroatinnen, 16 Slowakinnen;

1979: 168 Deutsche, 33 Rumäninnen, 56 Serbokroatinnen, 77 Slowakinnen.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 181.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 182.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 134.

Ab September 1979 begann die stufenweise Einführung neuer Lehrpläne in den allgemeinen Schulen mit muttersprachlichem Unterricht. Die Zahl der in der Muttersprache zu unterrichtenden Fächer wurde wesentlich erhöht. Die Schüler der 1.—4. Klassen lernen sämtliche Fächer außer ungarischer Sprache und Literatur in der Muttersprache, danach, in den höheren Klassen bzw. in den höheren Schulen nur noch: Muttersprache, Literatur, Geschichte, Geographie, Musik und Gesang. Falls es für die betreffende Muttersprache ausgebildete Lehrer gibt, werden auch Zeichnen und Technik in der Nationalitätensprache unterrichtet<sup>30</sup>. Ende 1979 wurde für die Nationalitätenschüler die Geschichte des eigenen Volkes als Pflichtfach eingeführt, natürlich neben ungarischer und Weltgeschichte. Neue Geschichtsbücher erschienen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre<sup>31</sup>. Der Unterricht in den Nationalitätenschulen beiden Typs erreichte bald das Niveau der ungarischen Schulen; Aufbau und Funktionieren wurden jenen der ungarischen angepaßt<sup>32</sup>. Das 1985 verabschiedete Unterrichtsgesetz<sup>33</sup> widmete Art. 7 dem Unterricht der Schüler verschiedener nationaler Minderheiten. »Abs. 1. Die Sprachen der Erziehung und des Unterrichtes im Kindergarten und in der Schule sind das Ungarische, sowie jede in der Ungarischen Volksrepublik gesprochene Nationalitätensprache. Abs. 2. Die zu den Nationalitäten gehörenden Kinder, Schüler können sich an der Erziehung im Kindergarten, sowie an der Erziehung und am Unterricht in der Schule in ihrer Muttersprache bzw. in zwei Sprachen — in Muttersprache und in ungarischer Sprache — beteiligen...« Der Staat sorgt für die in diesem Artikel enthaltenen Bestimmungen systematisch, heißt es schließlich im Abs. 5.

Folgende Angaben zeigen den Stand der Schulen für Nationalitätenschüler Ende der siebziger Jahre in einigen Komitaten: im Komitat Vas (Westungarn) waren 3 % der Bevölkerung Angehörige der Nationalitäten. In 14 Dörfern gab es muttersprachlichen Unterricht für 1189 slowenische, serbokroatische und deutsche Schüler. In diesem Komitat wurden Schülergruppen für die Nationalitätenkinder mit acht bis zehn Mitgliedern errichtet, aber für die ungarischen Schüler erst mit mindestens 15. In kleinen Ortschaften mit mehreren Nationalitäten wurden dagegen Parallelklassen in den Grundschulen eingeführt. Im Dorf Tara (Komitat Bács-Kiskun, Mittelungarn) mit 3500 Einwohnern wohnen Ungarn und Angehörige von zwei Nationalitäten. Die Ungarn bilden die Hälfte der Bevölkerung, Deutsche und Slowaken je 25 %. In jeder Klasse der lokalen Schule gibt es Parallelklassen, in welchen der muttersprachliche Unterricht in kleinen Gruppen garantiert wird<sup>34</sup>.

<sup>30</sup> Ungarischer Presse Dienst, (im Weiteren U P D), 3. 5. 1979; Népszabadság, 2. 5. 1979.

<sup>31</sup> UPD, 30. 8. 1973 (Zur Lage der nationalen Minderheiten in Ungarn).

<sup>32</sup> Zsolnay, Vilmos von: Das Schulwesen in der Ungarischen Volksrepublik. Mannheim; Berlin 1968.

<sup>33</sup> Nr. I/1985: Über das Unterrichtswesen. In: »Magyar közlöny«, 1985, Nr. 19 vom 2. 5. 1985, S. 460—480.

<sup>34</sup> »Petőfi népe«, Kecskemét, 2. 11. 1978, S. 5 (Miklós Pavlovits: Ein Dorf mit drei Sprachen).

Zwischen 1979 und 1984 ist die Zahl der am muttersprachlichen Unterricht Teilnehmenden — Kindergarten bis Mittelschule — von 35.000 auf 42.000 angestiegen. Einige örtliche Räte organisierten sogar für vier- bis fünf Schüler den Muttersprachenunterricht. Die Zahl der Lehranstalten, in welchen die Muttersprache unterrichtet wird oder der Unterricht in der Muttersprache erfolgt, stieg bis 1985 auf 550 an<sup>35</sup>. Im Komitat Hajdú-Bihar (Nordostungarn) erklärten sich von den 551.000 Einwohnern nur 830 als Rumänen, die rumänische Sprache wird aber in allen Ortschaften, wo Rumänen, leben, unterrichtet; außerdem entstanden rumänische Fachzirkel, Lesegruppen, Folkloregruppen usw. für die außerschulische Arbeit<sup>36</sup>.

Ende der sechziger Jahre gab es 320 Kindergärten und Grundschulen für die Nationalitäten mit 22.000 Kindern; 1982 ist diese Zahl auf 43.000 angestiegen. Die Schülerzahl beträgt in den Nationalitätenschulen 10 bis 15 pro Klasse. Es gibt aber einen ständigen Mangel an entsprechend gebildeten Lehrern; viele Lehrer aus der Reihe der Nationalitäten erachten die Stelle in einer Nationalitätenschule — da diese Schulen meistens auf dem Lande sind — als Provisorium und bei erster Gelegenheit wollen sie in die Stadt gehen. In den meisten Komitaten wird diesen Lehrern vom Komitat ein Lohnzuschlag bezahlt und vielerorts wird ihnen sogar eine Dienstwohnung angeboten<sup>37</sup>. Im Komitat Baranya unterstützen die Komitatsbehörden die künftigen Nationalitätenlehrer an der Hochschule mit 700 Forint Stipendiumszuschlag pro Monat, unter der Bedingung, daß sie den Unterricht in ländlichen Nationalitätenschulen übernehmen<sup>38</sup>. Das Unterrichtsministerium erhöht die Zahl der Studenten mit nicht-ungarischer Muttersprache<sup>39</sup>.

Die 1984 abgehaltene gemeinsame Konferenz der Vertreter der Nationalitätenverbände und der Nationalitätenkommissionen der Komitate war mit der quantitativen Entwicklung und mit dem Niveau des muttersprachlichen Unterrichtes aber nicht zufrieden und verlangte auch eine vermehrte Unterstützung für die Nationalitätenkultur, vermehrte Sorge für die Schulen mit nichtungarischer Unterrichtssprache<sup>40</sup>. 1985 wurden von den Nationalitätenverbänden erneut Beschwerden erhoben, wegen des muttersprachlichen Unterrichtes. Die Ende 1984 abgehaltene gemeinsame Konferenz der Nationalitätenverbände — im Rahmen der Patriotischen Volksfront — hat allerdings anerkannt, daß die Volksfront zur Verwirklichung einer positiven Nationalitätenpolitik einen bedeutenden Beitrag leistet, und zwar durch den Gebrauch der Muttersprache in Dorfversammlungen, durch die Förderung der Landeskunde-Bewegung, Organisation von Klubtagen für die Nationalitätenklubs, Lager für die Pflege der Muttersprache und vor allem durch die Förderung des mütter-

<sup>35</sup> »Népszava«, 23. 1. 1985 (László Deáki: Die Nationalitäten in Ungarn).

<sup>36</sup> »Hajdú-Bihari napló«, 24. 12. 1984 (Ádám Dombrovsky: Sie wurden als Rumänen geboren, ihre Heimat ist Ungarn).

<sup>37</sup> »Magyar nemzet«, 26. 10. 1982 (Nationalitäten im Komitat Vas).

<sup>38</sup> Stefka, S. 142.

<sup>39</sup> »Tolna megyei népujság«, 19. 2. 1983 (Unser Nationalitätenunterricht).

<sup>40</sup> »Dolgozók lapja«, 2. 12. 1984 (József Botlok: Die Nationalitäten und die Volksfront).

sprachlichen Unterrichtes<sup>41</sup>. Die ungarischen Behörden kritisieren dagegen öfters die Angehörigen der Nationalitäten, weil sie sich um die Erziehung ihrer Kinder im Geist der nationalen Traditionen nicht kümmern. Auch von seiten der Nationalitäten kam in dieser Beziehung öfters Selbstkritik. Ein Beispiel: Der frühere Vizepräsident des Demokratischen Verbandes Ungarländischer Rumänen, Gál, schrieb Ende 1984: Die meisten rumänischen Eltern hätten kein Interesse dafür, daß ihre Kinder rumänisch können. »Es ist kein Zufall, daß die Mehrheit der heutigen Jugendlichen sich nicht mehr als Rumäne erklärt.«<sup>42</sup> Ähnliche Selbstkritik übten auch die Vertreter der deutschen Minderheit.

### *Die Nationalitätenverbände*

Die slawischen Nationalitäten errichteten noch vor Kriegsende, am 18. Februar 1945, ihre Organisation, die Antifaschistische Front (wie schon erwähnt), aus welcher später die Demokratischen Verbände Ungarländischer Slowaken und Südslawen entstanden. Der Demokratische Verband Ungarländischer Rumänen entstand 1949, jener der Deutschen erst 1955, aufgrund des ZK-Beschlusses vom 18. Juni 1955. Die Nationalitätenverbände arbeiteten und arbeiten auch heute als Mitgliederorganisationen der Patriotischen Volksfront: Die Generalsekretäre sind Mitglieder des Landesrates der Volksfront, in den Territorialräten der Volksfront sind die Nationalitäten durch ihre lokalen Aktivisten vertreten. Die Verbände halten ihre Arbeitskonferenzen seit Mitte der fünfziger Jahre alle vier Jahre ab. Dort wird je ein sogenanntes Gesellschaftliches Komitee mit 35 bis 40 Mitgliedern gewählt. Diese leiten den eigenen Verband zwischen zwei Kongressen. Diese Komitees müssen mindestens jährlich einmal eine Plenarsitzung abhalten. Der administrative Apparat unter der Leitung der Generalsekretäre wird vom Staat finanziert. Die Verbände haben ihre gewählten Organe und Funktionäre, sie haben allerdings keine individuelle Mitgliedschaft mit Mitgliedschaftsbeiträgen. Jeder, der sich als Angehöriger der betreffenden Nationalität erachtet, gilt als Mitglied. In den einzelnen Ortschaften werden sogenannte kulturelle Beauftragte der Nationalitäten gewählt. Auf Wunsch der Nationalitätenverbände entstanden in den siebziger Jahren die Nationalitätenausschüsse als Begutachtungs-, Koordinierungs- und Kontrollorgane bei den Komitatsorganen der Patriotischen Volksfront. In einigen Komitaten gibt es Kamitatsräte für die Nationalitäten<sup>43</sup>.

Am 30. April 1985 entstand zwecks Förderung der Kultur der Nationalitäten der Landesrat für die Nationalitäten. In ihm sind die vier Nationalitäten gleichmäßig vertreten, an seiner Arbeit beteiligen sich aber auch die Vertreter der Selbständigen Nationalitätenabteilung des Bildungsministeriums, der Patriotischen Volksfront und vor allem jene der »Gesellschaft für Verbreitung Wissenschaftlicher Kenntnisse« (TIT). Was

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> »Hajdú-Bihari napló«, 24. 12. 1984 (Dombrovszky).

<sup>43</sup> Joó, S. 164 f.

die kulturelle Arbeit der Nationalitätenverbände angeht, so leistet ihnen die TIT eine beträchtliche Unterstützung. 1978 wurden Verträge über Zusammenarbeit auf fünf Jahre zwischen der TIT und den einzelnen Nationalitätenverbänden unterzeichnet und anschließend verlängert<sup>44</sup>.

Das ungarische Modell, die Verbindung der Verbände mit der Volksfront, ist wesentlich günstiger für die Nationalitäten als die Unterstellung der Verbände unter die Kontrolle der Regierung oder des Kulturministeriums, wie es beispielsweise in der Slowakei der Fall ist. Als Mitgliederorganisationen der Volksfront haben sie in Ungarn wesentlich größere Bewegungsfreiheit als wenn sie einem staatlichen Organ direkt unterstehen würden. Die Nationalitäten in der Slowakei äußerten sich sehr erbittert, als ihre Verbände von der Nationalen Front getrennt und direkt dem Kulturminister unterstellt wurden. Dadurch haben sie ihren bis dahin beschränkten autonomen Status völlig verloren. Der slowakische Vizeminister für Kultur rechtfertigte diese Reform mit folgenden Worten: »Der Beschluß löste im Kreise jener Menschen, welche von den Revisio-nisten irreführt worden waren, Enttäuschungen und Mißverständnisse aus. Sie erkannten nicht, daß diese Reform den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus nicht widerspricht... Es gab viele Mitglieder der Kulturverbände, welche des Wesen dieser Reform nicht begreifen wollten... Die Bezirks- und Lokalorganisationen der Kulturverbände leisten ihre kulturelle Tätigkeit im Rahmen des einheitlichen Planes für kulturelle und volkserzieherische Arbeit des Bezirks oder der Gemeinde... Die kulturell-erzieherische Arbeit der Kulturverbände wurde auf diese Weise zu einem festen Bestandteil der Volkserziehung«<sup>45</sup>. Der Unterschied im Status der Nationalitätenverbände in Ungarn und in der Tschechoslowakei kommt auch in der Bezeichnung zum Ausdruck. In der Tschechoslowakei nennt man sie »Kulturverbände«, in Ungarn »demokratische Verbände«, welche sich nicht nur mit Kultur beschäftigen, sondern sich auch in die Politik einschalten sollten. Die Nationalitätenverbände haben ihre eigenen kulturellen Einrichtungen, welche im Interesse der Aufrechterhaltung der nationalen Identität, des Nationalbewußtseins, der Pflege der nationalen Kultur und der Muttersprache eine beträchtliche Arbeit leisten. In den Klubs oder neben ihnen gibt es in vielen Ortschaften mit gemischter Bevölkerung spezielle Kinderklubs<sup>46</sup>. Die Nationalitätenverbände, vor allem jene der Deutschen und Slowaken, unterhalten 250 Kulturheime, in welchen Gruppen und Zirkel für Amateurlünstler, für Pflege der Muttersprache usw. funktionieren. Die Zahl der Klubs für die Pflege der Muttersprache hat sich zwischen 1973 und 1978 verdoppelt<sup>47</sup>. Seitdem ist die Zahl weiter gestiegen. 1978 gab es 139 Nationalitätenchöre, 160 Amateurorchester für Volksmusik und 141 Volkstanzgruppen im Rahmen der Nationalitätenverbände<sup>48</sup>. In vielen Ortschaften gibt es

<sup>45</sup> »Új szó«, Preßburg (Bratislava), 18. 4. 1972, S. 3—4.

<sup>46</sup> »Magyar nemzet«, 24. 11. 1977.

<sup>47</sup> »Magyar nemzet«, 26. 11. 1978 (Sándor Illés: Nach dem Kongreß).

<sup>48</sup> »Somogyi néplap«, 11. 10. 1978; ferner: »Dolgozók lapja«, 5. 10. 1978, sowie »Népszabadság«, 26. 9. 1978.

lokale Gruppen oder Zirkel für die Pflege der Muttersprache<sup>49</sup>. Seit Ende der fünfziger Jahre forcieren die Nationalitätenverbände die Bildung von lokalen Kulturgruppen, dort wo eigene Kulturheime wegen der kleinen Zahl der Angehörigen der betreffenden Nationalität nicht arbeiten können. Diese werden von den örtlichen Räten und teilweise vom betreffenden Nationalitätenverband finanziert. Schon Anfang der sechziger Jahre gab es praktisch in jeder Ortschaft entweder einen Klub, ein Kulturheim für die Nationalitäten, oder die erwähnten lokalen Gruppen<sup>50</sup>. Eine wichtige Rolle spielen in der Tätigkeit der Verbände die ethnographischen und landeskundlichen Lager, wo die Spezialisten aus Ungarn und den Nachbarstaaten zusammenkommen und ihre Arbeit in vielen Bereichen koordinieren<sup>51</sup>. Die mit Beteiligung von Fachleuten aus den Nachbarländern für jede Nationalität getrennt veranstalteten Lager für ethnographische Sammlungen sind ebenfalls von großer kultureller Bedeutung<sup>52</sup>. Diese werden seit den sechziger Jahren regelmäßig veranstaltet<sup>53</sup>. Auch in den Nationalitätenschulen arbeiten ähnliche Klubs, Zirkel oder Gruppen für Pflege der nationalen Kultur, für »künstlerische Selbsttätigkeit« im Rahmen der außerschulischen Arbeit.

Die Nationalitätenverbände haben durch ihre kulturelle Tätigkeit die Aufgabe, einerseits die Verbundenheit der Angehörigen der eigenen Nationalität mit der nationalen Vergangenheit, der nationalen Kultur zu vertiefen, andererseits aber auch die kulturellen Kontakte mit der Staatnation systematisch zu fördern. Dagegen erklärte die zentrale Parteizeitung der Slowakei im Frühjahr 1972: »Die kulturelle Tätigkeit der Kulturklubs und -heime der Nationalitäten muß sich immer auf die Kultur der Tschechen und der Slowaken orientieren«<sup>54</sup>.

Die Herausgabe von Büchern in Nationalitätensprachen funktioniert im Rahmen des Lehrbuchverlages nicht schlecht<sup>55</sup>. Die Probleme der Nationalitätenpresse wurden aber nicht zufriedenstellend gelöst. Jeder Verband hat nur eine eigene Wochenzeitung: »Neue Zeitung« für die deutsche, »Narodne Novine« für die südslawische, »Ludove Noviny« für die slowakische und »Foaia Noastră« für die rumänische Minderheit. Alle Verbände geben außerdem jährlich je einen Kalender, sowie Programmhefte und Gesangbücher heraus. Im Gegensatz zur Nationalitätenpresse z. B. in Rumänien muß betont werden: Die ungarischen Minderheitenzeitungen konzentrieren sich in Rumänien auf Berichte, welche die Probleme der eigenen Minderheit nicht oder nur nebenbei behandeln, sie sind eigentlich die Übersetzung der parallelen rumänischen Zeitung. Dagegen beschäftigen sich die Nationalitätenzeitungen in Ungarn mit den wichtigsten und aktuellsten Probleme der eigenen Minderheit. Die

<sup>49</sup> »Magyar nemzet«, 23. 1. 1977, ferner »Népújság« (Eger), 23. 12. 1976, usw.

<sup>50</sup> Kóvágó, A nemzetiségi kérdés, S. 411.

<sup>51</sup> »Népújság«, 31. 12. 1976.

<sup>52</sup> »Magyar nemzet«, 15. 10. 1978 (Die Erklärung von Staatssekretär Ferenc Molnár).

<sup>53</sup> »Népújság«, 3. 12. 1976.

<sup>54</sup> Zitiert in: »Die Karpatenpost«. Organ der Karpatendeutschen Landsmannschaft der Slowakei. Stuttgart, Mai 1972.

<sup>55</sup> Révész, Die nationalen Minderheiten, S. 181.

Minderheitenpresse Ungarns bleibt dagegen quantitativ wesentlich hinter jener in Rumänien und in der Tschechoslowakei zurück. Die ungarische Minderheit hat in der Tschechoslowakei mehrere Zeitungen und Zeitschriften, die deutsche Minderheit eine Wochenzeitung. Auch in Rumänien gibt es relativ viele ungarische Presseorgane, wenn auch qualitativ auf ziemlich niedrigem Niveau. Daß die Minderheitenpresse in Ungarn vieles zu wünschen übrig läßt, hängt aber auch mit der Gleichgültigkeit der Minderheiten und mit der nicht zufriedenstellenden Aktivität der Nationalitätenverbände gegenüber der eigenen Presse zusammen. Es gelangen nur wenig muttersprachliche Zeitungen in die Nationalitätengemeinden, weil es kaum Abonnenten und Käufer gibt; in einigen Orten unterlassen es sogar die Kulturheime und Klubs der Nationalitäten, die eigene Presse zu abonnieren, von der Propagierung nicht einmal zu sprechen<sup>56</sup>. Etwas besser scheinen die Radiosendungen zu funktionieren<sup>57</sup>. Das Fünfkirchener (Pécs) Kreisstudio des Ungarischen Radios sendet in den Sprachen der Nationalitäten täglich und durchschnittlich ein einstündiges Programm; das Studio von Szolnok wöchentlich anderthalb Stunden; die Sendungen in den Sprachen der Nationalitäten der Studios von Miskolc und Győr sind jedoch ganz kurz. Im Fünfkirchener Fernsehstudio begann die Sendung von deutschen und serbokroatischen Programmen 1979, im Szegeder Studio werden rumänische Programme seit 1982 und slowakische seit 1983 gesendet<sup>57a</sup>.

Die Nationalitätenverbände in Ungarn setzen sich — im Gegensatz zu jenen in der Tschechoslowakei und Rumänien — u. a. auch dafür ein, daß die nationalen Minderheiten aus ihrer kulturellen und sozialen Isoliertheit herauskommen. Die Zahl der nationalgemischten Ehen ist in Ungarn ziemlich hoch: im Komitat Komárom war ihr Anteil Ende der siebziger Jahre in den slowakischen Ortschaften 48,5 %, in den von Deutschen bewohnten Gegenden sogar 50 % der Eheschließungen<sup>58</sup>. Heute sind diese Prozentsätze aller Wahrscheinlichkeit nach noch höher. In den ersten Zeiten der landwirtschaftlichen Kollektivierung entstanden vielerorts landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) nach nationalem Merkmal; später wurden diese ursprünglich ganz kleinen Produktionsgenossenschaften zu großen zusammengelegt, wodurch die vorherige nationale Isolierung aufgegeben wurde<sup>59</sup>. In den multinationalen LPGs werden Nationalitätentage und -abende gemeinsam gefeiert, unter Mitwirkung der betreffenden Nationalitätenverbände<sup>60</sup>. Über die künftige Entwicklung der Nationalitäten äußerte sich László Kóvágó, einer der besten Spezialisten der Nationalitätenfrage und gleichzeitig hoher Parteifunktionär wie folgt: »Man kann zwei Entwicklungen feststellen. Die eine ist die nationale Assimilierung; die Nationalitäten-Bevölkerung ist mehrheitlich zweisprachig, die Mehrheit spricht aber besser ungarisch.

<sup>56</sup> »Népszabadság«, 3. 12. 1975, S. 5.

<sup>57</sup> UPD, 29. 6. 1978 (Ab 1. Juli — Nationalitäten-Rundfunkprogramme).

<sup>57a</sup> Joó, S. 104.

<sup>58</sup> Ferenc Herczeg: Az MSZMP nemzetiségi politikája. Budapest 1978, S. 36—41.

<sup>59</sup> »Neue Zeit«, (im Weiteren NZ), 11. 9. 1964, S. 3 und 1. 3. 1961, S. 3.

<sup>60</sup> NZ, 11. 8. 1961, S. 1.

Die zweite Entwicklungstendenz ist die Stärkung des Nationalitäten-Bewußtseins. Die Zahl der Schüler, die in Muttersprache lernen, hat sich während anderthalb Jahrzehnten verdoppelt. Sicher haben jene nicht recht, die die Existenz der Nationalitäten in Ungarn auf anderthalb bis zwei Jahrzehnte prognostizieren. Unter anderem auch deshalb nicht, weil unsere Verfassung die Gleichberechtigung der Nationalitäten nicht nur individuell garantiert, sondern auch die kollektive Gleichberechtigung sichert (unabhängig von der Stärke der Nationalität...)<sup>61</sup>.

### *Die deutsche Minderheit*

#### *1. Vertreibung und Diskriminierung*

Die größte nationale Minderheit Ungarns war und ist auch heute die deutsche, welche auf dem Gebiet der Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft während Jahrhunderten große Leistungen vollbrachte und zur kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns einen großen Beitrag leistete. Die Nationalitätenpolitik Ungarns gegenüber der deutschen Minderheit zeigte nach dem Zweiten Weltkrieg eine wechselhafte Entwicklung. Sie hatte zuerst die Vertreibung eines Teiles der Deutschen und die Assimilierung der Nichtvertriebenen zum Ziele; ab 1949 trat dann eine langsame Normalisierung bzw. Verbesserung der Lage ein. Eine eigentliche Wende bedeutet aber erst Stalins Tod am 5. März 1953. Die Folgen der unmenschlichen Nationalitätenpolitik gegenüber der deutschen Minderheit in den ersten Nachkriegsjahren ließen sich aber noch lange spüren. Diese Jahre standen im Zeichen der Verfolgung der Deutschen, vielleicht nicht ganz so grausam, wie in einigen anderen Ländern, aber ebenso unmenschlich. Die Rechtfertigung der grausamen Behandlung und Unterdrückung der deutschen Minderheit hing einerseits mit dem Verhalten eines Teiles der deutschen Minderheit vor dem und während des Zweiten Weltkrieges, andererseits — und vielleicht hauptsächlich — mit dem Rachegefühl einiger, von der hitleristischen Unmenschlichkeit Betroffenen zusammen.

Nach dem Ersten Weltkrieg herrschte in Ungarn ein zunehmender Nationalismus, was hauptsächlich mit den beinahe katastrophalen Folgen des Trianoner Vertrages vom 4. Juni 1920 und mit dem damit verbundenen Revisionismus (Wiederherstellung »Großungarns« oder Zurückeroberung mindestens der von Ungarn bewohnten Gebiete) zusammenhing. Der Friedensvertrag galt theoretisch als die wichtigste Rechtsquelle für die Regelung der Nationalitätenfrage. Im Sinne des Art. 54 verpflichtete sich Ungarn, »... die Bestimmungen des Kapitels über Minderheitenschutz des Friedensvertrages als Grundsatz anzuerkennen, ferner, daß kein Gesetz, keine Verordnung oder amtliche Verfügung diesen Bestimmungen widersprechen wird...« Die Regierungsverordnung vom 22. Juni 1923 über die Verwirklichung der im Friedensvertrag enthaltenen Verpflichtungen in bezug auf den Minderheitenschutz sah u. a. vor (Art. 1): »Jeder ungarische Staatsbürger ist ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder der

<sup>61</sup> »Élet és Tudomány«, 11. 6. 1982 (Kővágó).

Konfession vor dem Gesetz gleich und genießt dieselben bürgerlichen und politischen Rechte... In den Volksbildungsanstalten ist die Muttersprache der nationalen Minderheiten — unbeschadet des pflichtgemäßen Unterrichtes der ungarischen Sprache — ganz oder zum Teil als Unterrichtssprache zu verwenden<sup>62</sup>. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Verpflichtungen in bezug auf die Behandlung der Minderheiten besonders nach dem Rücktritt des Premiers Graf Stefan Bethlen 1931, nicht eingehalten worden sind. Ein Beispiel: 1934 gab es in Ungarn 36 Kindergärten für die Nationalitäten mit nur 1340 Kindern<sup>63</sup>. Die Schulen wurden in drei Kategorien geteilt: Typ A: ungarische Schulen mit kleineren Gruppen für die Nationalitätenkinder in den Ortschaften mit einer kleinen Zahl der Angehörigen der Nationalitäten, damit sie ihre Muttersprache lernen und üben konnten; Typ B: Schulen mit muttersprachlichem Unterricht; Typ C: Schulen mit gemischter Unterrichtssprache. Die Zahl der zum Typ B. gehörenden Schulen ging ständig zurück<sup>64</sup>. Die deutsche Minderheit hatte 504 Minderheiten-Volksschulen. Davon gehörten 47 zum Typ A, 234 zum Typ B und 223 zum Typ C<sup>65</sup>. Ministerpräsident Bethlen versprach, die Schulen des Typs C in Typ B umzuwandeln und der Typ C hätte nur in solchen kleinen Gemeinden mit gemischter Bevölkerung bleiben sollen, wo wegen der geringen Kinderzahl oft Schulen mit nur einer Lehrkraft funktionierten. Die Gömbös-Regierung verabschiedete dann im Dezember 1935 die Verordnung Nr. 11.000/1935, welche einen einheitlichen Schultyp für die Nationalitäten einführt, der im Wesentlichen dem Typ B entsprach. Die Umstellung auf den einheitlichen Typ hätte man 1938/1939 beenden müssen<sup>66</sup>.

1924 entstand der Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein, dessen Ziel es war, die kulturelle Entwicklung der deutschen Minderheit zu fördern, die Traditionen und die Muttersprache zu pflegen. Er veröffentlichte Zeitschriften, Bücher, veranstaltete kulturelle Vorträge, Kurse, Ausstellungen, errichtete Schulen, gewährte den deutschen Studenten Stipendien usw. Auf der Höhe seiner Entwicklung, 1933/1934, hatte er 180 lokale Gruppen mit 27.517 Mitgliedern. In etwa 120 Gemeinden konn-

<sup>62</sup> Weidlein, Johann: Geschichte der Ungarndeutschen in Dokumenten 1938—1950. Schorndorf 1950, S. 1 f.

<sup>63</sup> »Magyar szó«, Novi Sad, 15. 8. 1971, S. 5 (Imre Szűcs: Die Lage der ungarländischen Nationalitäten auf dem Gebiet des Unterrichtswesens und der Kultur).

<sup>64</sup> Die vom Unterrichtsminister zur Vollstreckung der Regierungsverordnung Nr. 4800/ verabschiedete Verordnung regelte den Typ B wie folgt: In Muttersprache sollen unterrichtet werden: Neben Muttersprache und Literatur die Geschichte der betreffenden Nationalität, Chemie, Physik, Wirtschaftslehre usw. Ungarisch: neben der ungarischen Sprache Geographie, Geschichte, staatsbürgerliche Rechte und Pflichten, Körperkultur. In den Schulen des Typs C wurde die Minderheitensprache als ein Pflichtfach eingeführt, während die übrigen Disziplinen ungarisch unterrichtet wurden. Weidlein, S. 12.

<sup>65</sup> Lóránt Tilkovszky: Ez volt a Volksbund. A német népcsoportpolitika és Magyarország 1938—1945. Budapest 1978, S. 361.

<sup>66</sup> Béla Beller: A magyarországi németek rövid története. Budapest 1981, S. 164.

ten aber die Ortsausschüsse nicht errichtet werden<sup>67</sup>. Erfolgreicher war der Verein auf dem Gebiet der Schulpolitik: 1926/1927 gab es insgesamt 419 Schulen verschiedenen Typs für die deutsche Minderheit. Der Vizepräsident des Volksbildungsvereins, J. Bleyer, verlangte mit Erfolg die Bildung der Schulen des Typs C, was im großen und ganzen auch gelungen ist. 1929/1930 gehörte der Großteil der damals 454 Schulen für die deutschen Kinder zum Typ C<sup>68</sup>.

Nach 1933 haben sich jedoch die Beziehungen zwischen der Staatsnation und der deutschen Minderheit stufenweise verschlechtert; Bleyer betonte am 9. Mai 1933 in seiner Rede die Schicksalgemeinschaft der Deutschen in Ungarn mit jenen im Reich, was in Ungarn ein sehr negatives Echo fand. Nach seinem Tod entstanden im Verein zwei Gruppen: eine »völkische« und eine traditionelle, welche sich weiterhin für die Zusammenarbeit mit dem Ungarntum einsetzte. Der Generalsekretär des Volksbildungsvereins, Franz Basch, wurde 1935 suspendiert und wegen Schädigung der ungarischen Nation für kurze Zeit inhaftiert. Bald nachher übernahm er jedoch die Führung der vom Volksbildungsverein abgespaltenen Gruppe »Volksdeutsche Kameradschaft«, welche 1938 unter der Bezeichnung »Volksbund der Deutschen in Ungarn« legalisiert wurde<sup>69</sup>. Gegen den Volksbund entstand aber auch unter den Angehörigen der deutschen Minderheit am 28. November 1942 eine starke antinazistische Bewegung: »Mit Treue zur Heimat« (»Húséggel a Hazához«), welche Ungarn als ihr Vaterland bezeichnete, und im Zeichen des Slogans arbeitete: »Treue zu Gott, Treue zum ungarischen Vaterland, Treue zum Volkstum«<sup>70</sup>. Die Kontrapropaganda des Volksbundes verlangte, jeder Deutsche, der sich der »Treuebewegung« anschließt, müsse auf sein Deutschtum verzichten. Es entstanden gleichzeitig auch eine von den Kommunisten ins Leben gerufene kleine Demokratische Freiheitsbewegung der Volksdeutschen in Ungarn, sowie ein Verband Antifaschistischer Schwaben. Letzterer hatte einige lokale Organisationen. Am Höhepunkt des Volksbundes hatte dieser 200.000 Mitglieder, zusammen mit den Frauen- und Jugendorganisationen (Deutsche Frauenschaft, Deutsche Jugend) etwa 300.000. Die Zahl der Angehörigen der deutschen Minderheit belief sich in dem zwischen 1938 und 1941 vergrößerten Ungarn auf 719.762, der Volksbund konnte also 41 bis 42 % der Angehörigen der deutschen Minderheit gewinnen. Allerdings ging seine Mitgliedschaft rasch zurück und im Frühjahr 1944 hatte er nur noch 230.000 bis 240.000 Mitglieder<sup>71</sup>.

Es untersteht also keinem Zweifel, daß die von Hitlerdeutschland kontrollierte Tätigkeit des Volksbundes während des Krieges in Ungarn auf Ablehnung stieß, und zwar nicht nur in ungarischen, sondern — wie erwähnt — auch in deutschen Kreisen. Die Tragödie nach dem Zweiten Weltkrieg bestand u. a. darin, daß die gesamte deutsche Volksgruppe, die deutsche Nationalität, in den linken Kreisen, besonders in der kommunistischen Parteiliteratur, dem Deutschen Volksbund gleichgestellt wurde.

<sup>67</sup> Weidlein, S. 12.

<sup>68</sup> Bellér, S. 158.

<sup>69</sup> Tilkovszky, S. 11.

<sup>70</sup> Bellér, S. 183.

<sup>71</sup> Ebenda, S. 186.

Die in der Umgebung der deutschen Siedlungsgebiete wohnenden Ungarn konnten sich über die im ungarländischen Deutschtum abspielende Tragödie während des Krieges ein klares Bild schaffen: diese halfen vielerorts den deutschen Nachbarn mit allen Mitteln, die SS-Rekrutierungskommission irrezuführen und die deutsche Jugend in Sicherheit zu bringen<sup>72</sup>.

Die Verantwortlichmachung der ungarländischen deutschen Minderheit nach dem Krieg warf formell — vermutlich im Auftrag oder auf Anregung der Ungarischen Kommunistischen Partei (UKP) — Mitte April 1945 die Nationale Bauernpartei auf und die UKP war mit der Stellungnahme dieser kleinen Partei sofort einverstanden. Die zentrale UKP-Zeitung, »Szabad Nép«, begann unmittelbar nachher die Hetzkampagne gegen die Deutschen. Am 14. Mai 1945 fand eine interparteiliche Beratung über die Angelegenheit der »heimatländischen deutschen Faschisten« statt; das Kommuniqué betonte, man beabsichtige keine Maßnahmen gegen das gesamte Deutschtum zu ergreifen, sondern nur gegen die faschistischen Massen des Volksbundes. Die Beratung lehnte also das Prinzip der kollektiven Verantwortung ausdrücklich ab<sup>73</sup>.

Die Regierungsverordnung vom 18. Mai 1945 über die Landreform machte aber schon Unterschiede zwischen ungarischen und deutschen Faschisten: Die Grundbesitze der »Landesverräter, der Pfeilkreuzler, Nationalsozialisten und anderer faschistischer Führer, Volksbundmitglieder, Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen das Volk« wurden ohne Entschädigung beschlagnahmt. Bei den Ungarn verloren die Leiter der faschistischen Organisationen ihr Hab und Gut, bei den Deutschen dagegen auch die einfachen Volksbundmitglieder. (Art. 4) Art. 5 ließ auch jene in die vorher erwähnte Kategorie der Staatsbürger einstufen, die ihren Namen erneut verdeutschen ließen.

Diejenigen, die Führer der hitleristischen Organisationen waren, wurden interniert, jene, die nur einfache Mitglieder waren, wurden zum Arbeitsdienst verpflichtet, diejenigen, die keine Mitglieder waren, ihre Treue zum ungarischen Staat aber nicht ausdrücklich bewiesen, wurden verpflichtet, andere Bürger in ihre Häuser aufzunehmen<sup>74</sup>.

Nach der Potsdamer Vereinbarung hat sich aber die Situation sofort pejorativ geändert; das Sekretariat des ZK der UKP verabschiedete am 31. August einen Beschluß: »Die Szabad Nép (also die offizielle Zeitung des ZK der UKP — L. R.) soll für die Vertreibung der Deutschen eine Kampagne starten«. Allerdings waren Kirchen und ein großer Teil der bürgerlichen Parteien gegen die Vertreibung. Kardinal Mindszenty protestierte in seinem Hirtenbrief vom Oktober 1945 gegen die Verfolgung der Deutschen wegen ihrer Muttersprache, zumal »gerade das Deutschtum — nicht gerechnet die letzten anderthalb Jahrzehnte — die verständnisvollste, treueste und assimilationsbereiteste Minderheit des Staates war.«<sup>75</sup> Auch der lutherische Bischof, Ordas, intervenierte zusammen mit seinen Bischofskollegen gegen die Exzesse bei der Deut-

<sup>72</sup> Kővágó, A nemzetiségi kérdés, Anm. Nr. 1.

<sup>73</sup> Kővágó, A magyar kommunisták, S. 321.

<sup>74</sup> Ebenda, S. 323.

<sup>75</sup> Weidlein, S. 357.

schaussiedlung<sup>76</sup>. Die unter sowjetischer Führung stehende Alliierte Kontrollkommission ordnete am 30. November 1945 an, die Aussiedlung der Deutschen müsse unverzüglich aufgenommen werden und sie regelte auch die Zeitpunkte<sup>77</sup>.

In Ungarn ist man bemüht, die »Umsiedlung« der deutschen Minderheit unter Berufung auf die in Potsdam aufgezwungenen Bestimmungen zu rechtfertigen<sup>78</sup>. Selbst der Generalsekretär des Deutschen Verbandes, Dr. Wild, erklärte 1962: »Es gab viele Schwaben, die nicht klar erkannt hatten, daß die nachteilige Behandlung eines Teiles der deutschen Bevölkerung unmittelbar auf internationale Verfügungen zurückzuführen ist.«<sup>79</sup>

Daß es heute sowohl Deutschen als auch Ungarn schwer fällt, sich an diese Zeiten zu erinnern, beweist die Tatsache, daß die vielen interessanten Artikel in der deutschen Minderheitenzeitung über die Geschichte einzelner Ortschaften deutscher Nationalität die Jahre 1945—1948 einfach außer Acht ließen<sup>80</sup>, oder sich auf das Potsdamer Abkommen beriefen<sup>81</sup>. Auch an offiziellen Anlässen wird diese Frage in der Regel umgangen oder in einer bedauernden Form erwähnt. Der Dokumentenband über die Vertreibung der Deutschen läßt die Frage offen, ob die damalige ungarische Regierung die Massenvertreibung hauptsächlich auf Anweisung des Präsidenten der Alliierten Kontrollkommission, des sowjetischen Marschalls Woroschilow, durchführte oder nicht<sup>82</sup>.

Die Regierungsverordnung vom 22. Dezember 1945 über die Aussiedlung hat die interparteiliche Vereinbarung über die Ablehnung der kollektiven Verantwortung außer Acht gelassen und sprach über die »ungarländische deutsche Bevölkerung«. Nicht nur jene wurden zur Aussiedlung bestimmt, die anlässlich der Volkszählung von 1941 sich als Deutsche erklärten, sondern mit gewissen Ausnahmen auch jene mit deutscher Muttersprache. Bedauerlicherweise wurden auch zahlreiche Angehörige der antinazistischen Organisationen vor 1945 als Ausnahme nicht berücksichtigt. Die UKP verlangte kontinuierlich radikale bzw. immer radikalere antideutsche Maßnahmen und wie der führende Parteifunktionär Kővágó selber anerkennt, wurde an geschlossenen Sitzungen der Parteiführung auch die Frage der kollektiven Verantwortung aufgeworfen, allerdings ohne dies vor der Öffentlichkeit zugegeben zu haben<sup>83</sup>.

Die ungarische Presse der Jahre 1945—1947 überzeugt den Leser darüber, daß es die UKP war — vermutlich unter sowjetischem Einfluß oder sogar auf sowjetische Anweisung hin —, welche die Vertreibung möglichst großer Massen der deutschen Minderheit verlangte und Ver-

<sup>76</sup> »Donau Bote«, März/April 1985. Brief von Prof. Bálint Balla, Berlin, S. 10—11.

<sup>77</sup> Kővágó, A magyar kommunisták, S. 324.

<sup>78</sup> NZ 11. 8. 1964, S. 3.

<sup>79</sup> NZ, 25. 5. 1962, S. 1.

<sup>80</sup> Z. B. Komitat Veszprém, Fajsz: NZ, 25. 2. 1965, S. 3.

<sup>81</sup> NZ, 10. 7. 1964, S. 3 (Kislöd).

<sup>82</sup> Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bd. II. Schicksal der Deutschen in Ungarn. Düsseldorf 1956, S. 60 E.

<sup>83</sup> Kővágó, A magyar kommunisták, S. 325 f.

suche unternahm, die öffentliche Meinung über die Notwendigkeit der »Umsiedlung« zu überzeugen. Die Szabad Nép verlangte schon Anfang Mai 1945 die Vertreibung *aller* Deutschen und startete eine außerordentlich grobe Hetzkampagne. Ein Artikel — allerdings ohne Autor — schrieb Anfang Mai 1945 unter dem Titel »Die Tschangos kamen an die Stelle der landesverräterischen Schwaben nach Tolna«: »Die schwäbischen Dörfer des Bonyháder Bezirks im Komitat Tolna wurden von den Volksbündlern gesäubert und an ihre Stelle wurden 1500 nichtshabende Tschango-Familien angesiedelt<sup>84</sup>.« Die Zeitung schilderte die Vertreibung: »Die Schwaben wurden aus den Ortschaften... ausgewiesen. Beim Morgengrauen haben die bewaffneten Mitglieder der demokratischen Polizei die Dörfer umzingelt, die Strumglocken läuteten und der sich auf dem Platz vor der Kirche versammelnden Bevölkerung wurde bekanntgegeben, daß sie sich innerhalb einiger Stunden mit ein paar Wäschestücken und mit Lebensmitteln für einige Tage für die Ausweisung melden müßten. Im Dorf dürfen nur jene Schwaben bleiben, die keine Volksbundmitglieder waren, ihre Zahl ist aber sehr gering. Die Auszusiedelnden wurden nach Lengyel transportiert und dort im Internierungslager untergebracht, das im Schloß des Grundbesitzers Graf Alexander Apponyi eingerichtete wurde... Die persönlichen Sachen der Volksbündler wurden registriert und in einem Raum verschlossen...«<sup>85</sup>. Ein anderer Artikel derselben Nummer berichtete von Beratungen des Ministerrates über die Aussiedlung und mißbilligte die Ablehnung und Verurteilung der kollektiven Verantwortung durch die nichtkommunistischen Parteien. Diese bezeichneten nach Mitteilung der Zeitung die kollektive Verantwortung und Vertreibung als eine »Pfeilkreuzler-Methode«. (Die ungarischen Nationalsozialisten nannten sich Pfeilkreuzler.) Der Artikel befürwortete die kollektive Rache und bezeichnete die deutsche Minderheit u. a. als Vorposten des Deutschtums auf fremdem Boden: »Die östlichen Bastionen des Imperialismus müssen liquidiert werden und zwar nicht juristisch, wie dies einige sich vorstellen, nicht durch den Entzug der Staatsbürgerschaft, sondern durch Abschiebung« (toloncúton)<sup>86</sup>. Das ZK-Organ polemisierte auch später mit jenen Ungarn, die die Deportation offen mißbilligten und verurteilten.

Die Vertreibung wurde in zwei Perioden durchgeführt: Vom Januar bis Juni 1946 und anschließend vom August bis Dezember in die amerikanische Zone Deutschlands; in der zweiten Periode, vom August 1947 bis Ende des Jahres, teilweise sogar auch 1948 in die sowjetbesetzte Zone Deutschlands<sup>87</sup>. Der später hingerichtete kommunistische Innenminister, László Rajk, erklärte 1947 in seiner Rede in Rákoskeresztúr: »Die Lösung der Schwabenfrage ist eine nationale Angelegenheit... Die Umsiedlung

<sup>84</sup> Einige Tausend Tschangos wurden während des II. Weltkrieges nach Ungarn gebracht und in der Batschka angesiedelt. Nach dem Krieg fiel die Batschka wieder Jugoslawien zu und so entstand der Plan, die Tschangos in die ehemaligen deutschen Dörfer umzusiedeln.

<sup>85</sup> »Szabad nép«, 5. 5. 1945, S. 3.

<sup>86</sup> »Szabad nép«, 5. 5. 1945, S. 3 (Hinaus mit den Volksbündler-Schwaben. (Ohne Autor).

<sup>87</sup> Kővágó, A magyar kommunisták, S. 327.

funktioniert seit einigen Monaten wegen der unbegründeten Zurückhaltung der Amerikaner nicht. Die sowjetische Regierung hat jetzt erlaubt, daß wir die Schwaben in die sowjetische Zone Deutschlands aussiedeln. Wir ergreifen diese Möglichkeit...<sup>88</sup>

Es war der kommunistische Journalist, Oszkár Betlen, der im Namen seiner Partei die erbitterteste und größte Hetzkampagne gegen alle Deutschen in der »Szabad Nép« führte. Im Juli 1947 schrieb er: »Es wäre ein schwerwiegender Fehler, wenn man in der erneut anlaufenden Umsiedlung der Schwaben nur das Anliegen der ungarischen Siedler [nämlich der aus der Slowakei ausgesiedelten Ungarn und der Tschangos — L. R.] sehen würde. Es ist keine Phrase, daß es sich um das Anliegen des ganzen Landes handelt... Es wäre ein Selbstmord, wenn wir vergessen würden, was für ein wichtiger Vorwand... der deutschen Expansion die hier lebende deutsche Bevölkerung war... Die Endlösung dieses Anliegens, die Aussiedlung der dazu Vorgesehenen ist daher die Sache der Freiheit des ganzen Landes, des Friedens und der Unabhängigkeit unserer Nation. Es gab Leute, die ihre Stimme gegen die Aussiedlung der Schwaben erhoben... Es gibt Menschen, die der Meinung sind, daß sie im Namen des Humanismus, der Menschlichkeit gegen die Aussiedlung der Schwaben protestieren könnten. Es gibt Menschen, die erklären, durch die Aussiedlung rechtfertigen wir die Praxis der kollektiven Verantwortung bei anderen, daß wir jene rechtfertigen, die die Ungarn aus der Slowakei aussiedeln, die die Juden deportierten. Wir müssen nicht betonen, daß solche Vergleiche unhaltbar sind. Selbstverständlich gibt es unter den zur Aussiedlung vorgesehenen Schwaben auch solche, die keine aktiven Unterstützer Hitlers waren, es gibt unter ihnen auch ehrliche Menschen. Es ist ebenfalls selbstverständlich, daß diese durch die Aussiedlung empfindlich betroffen werden... Es können individuelle Tragödien vorkommen, da zusammen mit den Massen der Hitler-Schwärmer auch Ehrliche den Zug besteigen und deportiert werden müssen. Wir wollen aber dadurch die Tragödie von Millionen vermeiden... Gegenüber den Gegnern der Aussiedlung ist das wichtigste Argument, daß die Aussiedlung der Schwaben eine nationale und eine sozialistische Pflicht der ungarischen Demokratie ist... Es ist eine nationale und sozialistische Pflicht, die Schwaben auszusiedeln, weil Zehntausende von der Slowakei umgesiedelte Ungarn von der Heimatlosigkeit... nur auf diese Weise verschont werden können...«<sup>89</sup>

Solange die für die Aussiedlung bestimmten Deutschen als Folge des amerikanischen Stopps nicht ausgesiedelt werden konnten, gab es für diese eine unerträgliche Situation. Die neuen ungarischen Siedler, die Taschangos und die aus der Slowakei deportierten Ungarn wurden in die Häuser der Deutschen einquartiert und sie übernahmen auch deren Agrarbetriebe. Es kam aber zwischen alten und neuen Besitzern zu zahlreichen Reibungen und Zusammenstößen. Das zentrale Parteiorgan schrieb in diesem Zusammenhang: »Die Kommission für die Kontrolle der Aussiedlungsaktion führte Gespräche mit den Siedlern« Angeblich äußerten

<sup>88</sup> »Szabad nép«, 22. 6. 1947, S 3.

<sup>89</sup> »Szabad nép«, 20. 7. 1947, S. 3 (Die Schwaben müssen gehen).

sich einige Anonyme wie folgt: »Seit einem Jahr habe ich die Urkunde über das Landeigentum in der Hand, der Schwabe läßt mich jedoch in sein Haus nicht einziehen... Wenn ich mit dem Schwaben im selben Haus wohnen werde, muß ich in einer Hand Arbeitswerkzeug, in der anderen die Waffe halten«. Auf die merkwürdigerweise immer wieder anonymen »Briefe« antwortete die Redaktion in einem zusammenfassenden Artikel mit »Empörung«: »Ein Schwabe nach dem anderen wird von der Aussiedlung befreit. Viele ungarische Siedler sind schon der Auffassung, die Demokratie kümmere sich um die Schwaben mehr als um sie«<sup>90</sup>. Unter dem Titel: »Die Kämpfe der Magyaren im Komitat Fejér gegen die klerikale Reaktion, die Schwaben und die ehemaligen Grundbesitzer« schrieb die Parteizeitung Anfang 1947: »Die angesiedelten Ungarn ertragen unzählige Leiden, sie halten aber mit heldenhafter Ausdauer und musterhafter Selbstdisziplin dem Terror der noch auszusiedelnden Volksbündler stand. Die hitleristischen Schwaben unternehmen alles, um das Leben der neuen Landwirte in eine Hölle umzuwandeln...«<sup>91</sup> Im Sommer 1947 (!) schrieb die Parteipresse: »Die [von Deutschland] zurückgeflüchteten und herumirrenden SS-Leute halten ganze Gegenden in Unsicherheit«<sup>92</sup>.

In bezug auf die zur Aussiedlung nichtvorgesehenen Deutschen hat die Regierungsverordnung vom 7. Oktober 1947 die Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Beschäftigung und der Wahl des Wohnortes garantiert. Es war jedoch erst die Regierungsverordnung vom 25. März 1950, welche expressis verbis für die ganze deutsche Minderheit bestimmte: »Die in bezug auf die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung bestimmten Einschränkungen dürfen nicht mehr angewendet werden.«<sup>93</sup> Die Parteipresse war also jahrelang mit allen möglichen Mitteln bemüht, den Haß gegen die gesamte deutsche Minderheit zu schüren.

Wie im erwähnten Dokumentenband hervorgehoben wird, hat man in der zweiten Etappe der Aussiedlung, vom August 1947 an, weniger die rassistischen, sondern eher die Klassengesichtspunkte berücksichtigt. Besitzende nichtkommunistische Deutsche wurden umgesiedelt, auch wenn sie gegen die Nazis und den Volksbund waren<sup>94</sup>. Nach Mitteilung Kővágós hätte dieser Klassengesichtspunkt schon im Frühjahr 1946 maßgebend sein sollen. Die Sitzung des Politischen Komitees vom 28. März 1946 nahm schon in diesem Sinne Stellung, wodurch die Umsiedlung offiziell mit einer Enteignungspolitik verbunden wurde. Diese nichtveröffentlichte Stellungnahme hielt die KP davon nicht zurück, die kollektiven Anschuldigungen gelten zu lassen<sup>95</sup>.

Nach 1947 kam die Reihe nicht an die 39.000 Kleinbauern und 61.000 Arbeiter, die sich als Deutsche erklärten, sondern an die meistens magya-

<sup>90</sup> »Szabad nép«, 26. 8. 1945, S. 5.

<sup>91</sup> »Szabad nép«, 15. 1. 1947, S. 3.

<sup>92</sup> »Szabad nép«, 20. 6. 1947, S. 5.

<sup>93</sup> Kővágós, A magyar kommunisták, S. 328.

<sup>94</sup> Dokumentation, S. 60 E.

<sup>95</sup> Kővágós, A magyar kommunisták, S. 328.

risierten wohlhabenden Deutschen<sup>96</sup>. Nach Mitteilung von Szabad Nép<sup>97</sup> hätten noch »mit sowjetischer Erlaubnis« außerhalb des Potsdamer Abkommens 90.000 Deutsche in die Ostzone ausgesiedelt werden können. Diese Aussiedlung wurde jedoch durch die Verordnung des Ministerrates vom 25. März 1950 (Nr. 84/1950) eingestellt und die Gleichberechtigung der in Ungarn gebliebenen Deutschen juristisch deklariert. (Art. 2). Den Deutschen wurde eine Agrarnutzfläche von höchstens 10 Joch (5,7 ha) zugestanden, Art. 10 schloß aber jegliche Entschädigung auch jetzt aus<sup>98</sup>. Die Eigentumsprobleme waren bis zum Abschluß der Kollektivierung (1959/1960) zwischen den Deutschen und den ungarischen Siedlern nicht präzise genug geregelt, nachher war dies nicht mehr notwendig<sup>99</sup>.

Kővágó schrieb in seinem 1983 veröffentlichten Werk<sup>100</sup>: Bis zum Abschluß der Ausweisung wurden bei weitem nicht so viele ungarländische Deutsche umgesiedelt, wie die Alliierte Kontrollkommission (bzw. Woroschilow persönlich, L. R.) vorsah. »In der geplanten Gesamtzahl von einer halben Million Deutschen hätten nämlich jene 475.000 Menschen Platz gehabt, die in Ungarn sich 1941 als Bürger mit deutscher Muttersprache erklärten.« Nach Mitteilung des Statistischen Zentralamtes von 1955 wurden etwa 170.000 Deutsche ausgesiedelt. Außerdem verließen 85.000 Deutsche das Land freiwillig, bzw. sie flüchteten.

Es ist bemerkenswert, daß während die kommunistische Presse die kollektive Vertreibung der deutschen Minderheit gegen eine starke Opposition vehement verteidigte, sie über die geplante Vertreibung der ungarischen Minderheit aus der Slowakei — ebenfalls auf kollektiver Grundlage — mit Empörung schrieb<sup>101</sup>. Die Organisatoren der Aussiedlungsaktion in der Slowakei wurden als ehemalige aktive Faschisten bezeichnet<sup>102</sup>. Über die Methoden der Vertreibung der ungarischen Minderheit aus der Slowakei wurden erschütternde — leider der Wahrheit entprechende — Berichte veröffentlicht, sogar in der Parteipresse<sup>103</sup>, den Slowaken wurde vorgeworfen, sie betrachteten die Vertreibung als ihre eigene Angelegenheit<sup>104</sup>.

Der Aufruf der katholischen Bischofskonferenz an die Gläubigen vom 18. Oktober 1945 drückt die Meinung der Ungarn aus: »All das, was im vergangenen Jahrzehnt im Zusammenhang mit dem Deutschtum von außen und innen gegen unser Vaterland getan wurde, halten wir für unentschuldigbar und verurteilen dies entschieden. Von dieser Einstellung machten wir auch damals kein Geheimnis. Ebenso müssen wir aber auch gegen die Verallgemeinerung der leider Gottes geschehenen Fehler —

<sup>96</sup> Ausführlicher siehe: Dokumentation, S. 72 E.

<sup>97</sup> »Szabad nép«, 28. 7. 1947, S. 3.

<sup>98</sup> Hatályos jogszabályok gyűjteménye. 1945—1968. Bd. II. Budapest 1969, S. 179—180.

<sup>99</sup> Beschluß des Politischen Komitees vom Jahre 1958. Siehe: Kővágó, A nemzetiségi kérdés, S. 27.

<sup>100</sup> Kővágó, A magyar kommunisták, S. 327.

<sup>101</sup> »Szabad nép«, 26. 6. 1947, S. 5.

<sup>102</sup> Ebenda, 12. 10. 1947, S. 3.

<sup>103</sup> Z. B. »Szabad nép«, 24. 1. 1947.

<sup>104</sup> Ebenda, 8. 3. 1947, S. 2.

sogar großen Fehler — in den Kreisen unseres heimatlichen Deutschtums und gegen die kollektive Bestrafung dieselbe Stellung einnehmen. Schon im Frühjahr machten wir die Zuständigen auf das aufmerksam, was nun eingetreten ist.

Die Vertreibung ... begann auf eine Art und Weise, für die wir mit dem besten Willen weder eine menschliche noch eine christliche Bezeichnung verwenden können. Wenn nur die Schuldigen bestraft würden, würden wir schweigen. Aber es werden solche zu Sündenböcken gestempelt und deportiert, denen gar keine Schuld nachgewiesen werden kann. Ja, man kreidet ihnen sogar als Schuld an, was ihnen aufgrund des Naturrechts zusteht, zum Beispiel die Muttersprache ...

Wenn es ungerecht war, Juden durch Gendarmen abführen zu lassen, ist es auch ungerecht, Polizisten zu derartigen Funktionen abzukommandieren. Wir erheben unser Wort im Interesse unschuldiger Kinder, Alter und Kranker, gegen die Völkergettos und gegen die voreiligen Umsiedlungen. Diese führen letztlich zu einer vollen Rechtsunsicherheit und stürzen das Land in die größten Verpflegungsschwierigkeiten. Es ist des ungarischen Staates und der Demokratie ... unwürdig, jenen keine Sicherheit zu bieten, die nur Mitglieder in gewissen Vereinigungen waren, besonders wenn dies zwangsweise geschah. Wir denken hier gleichermaßen an ungarische und fremdsprachige staats-treue und ehrliche Bürger, die nur dem Namen nach der betreffenden Vereinigung und Partei angehörten. Noch unwürdiger ist es, jemanden dafür zu bestrafen.

Zur Regelung darartiger Angelegenheiten halten wir nur erfahrene und unparteiliche Männer als geeignet, die gewissenhaft und verantwortungsbewußt denken können, — auch in der Zeit überhitzter Leidenschaften<sup>105</sup>.

Auch die protestantischen Kirchen — vor allem die lutherische — protestierten gegen die willkürliche Vertreibung der deutschen Minderheit auf kollektiver Grundlage, wie dies schon vorher bei Bischof Ordas erwähnt wurde. Die lutherische Kirchenführung berief sich in ihrem Protest »auf die unwiderlegbaren charakterlichen und wirtschaftlichen Werte« der deutschen Minderheit<sup>106</sup>. Das ZK-Organ polemisierte aber auch weiter, nach der Vertreibung, mit jenen ungarischen Bürgern, welche die Deportation verurteilten.

## 2. Normalisierung der Lage der deutschen Minderheit

Es brauchte einige Jahre, bis man die Folgen dieser in der ungarischen Geschichte alleinstehenden Racheaktion z. T. mildern konnte. Die Entwicklung der deutschen Minderheit nach dem Krieg ist während Jahren stehengeblieben.

<sup>105</sup> Kardinal Mindszenty warnt. In: Mindszenty-Dokumente. Bd. I. Reden, Hirtenbriefe, Presseerklärungen, Regierungsverhandlungen 1944—1946. Bearbeitet und übersetzt von József Vécsey und Johann Schwendemann. St. Pölten 1956, S. 82—84.

<sup>106</sup> Vgl. den ausgezeichneten Beitrag von Pál Fónyad: A magyarországi protestántsizmus rövid története 1948—1978. In: Magyar változások, 1979, Nr. 13, S. 113—122, hier: S. 114.

Der Deutsche Verband entstand 1955. 1956 wurden die kulturellen Rechte der deutschen Minderheit hergestellt, der Generalsekretär des Verbandes, Dr. Friedrich Wild, wurde Abgeordneter. Die Redaktion der Zeitschrift »Europa Ethnika« stellte fest: »Allerdings ist sein vorbildliches Wirken... vor allem darauf zurückzuführen, daß Ungarn nach 1945 zweifellos als erster Südoststaat eine relativ humane und vernünftige Nationalitätenpolitik einschlug«<sup>107</sup>. Wild machte aus dem Deutschen Verband den weitaus aktivsten Nationalitätenverband Ungarns und trug dazu bei, daß der gerechte nationale Stolz des ungarländischen Deutschtums wieder hergestellt wurde. Die »Neue Zeit« (NZ), die Zeitung der deutschen Minderheit, beschäftigte sich viel mit der Geschichte der deutschen Ortschaften und wies auf die großen kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen der deutschen Minderheit in Ungarn hin. Auf der Sitzung des Gesellschaftlichen Komitees des Deutschen Verbandes 1963 sagte Wild u. a.<sup>108</sup>: »Pflegt die kulturellen Überlieferungen Eurer Vorfahren. Aber haltet auch die kulturellen Schätze des ungarischen Volkes in Ehren, lernt die ungarische Sprache gut, denn Ihr seid ja Brüder und Schwestern des ungarischen Volkes. Und wir sagen den Ungarn: Ihr seid in der vorteilhaften Lage, mit einer Nationalität zusammenzuleben, die eine Weltsprache ihr eigen nennen darf. Ihr wißt ja selbst, wie sehr man an jeder Arbeitsstelle Leute braucht, die fremde Sprachen beherrschen. Das deutsche Volk gab der Welt viele hervorragende Persönlichkeiten... Es ist Euer eigenes Interesse, die Sprache dieses Volkes zu erlernen. Aber nicht nur die Sprache, sondern auch ihre Kultur: Ihr werdet daran viel Freude haben...« 1962 verlangten die Deutschen, daß ihre Leistungen auch unter den »fortschrittlichen Traditionen Ungarns« anerkannt werden und Wild erinnerte stolz daran, daß viele Deutsche in den ersten Reihen für die Räterepublik 1919 kämpften und viele von ihnen im Zweiten Weltkrieg nach Dachau verschleppt worden seien<sup>109</sup>.

Das wiedererwachte Nationalbewußtsein hatte zur Folge, daß sich die Deutschen ins politische Leben wieder aktiv einschalteten. In den ersten Jahren nach der Normalisierung gab es allerdings viele, die die Mitarbeit in der Volksfront ablehnten<sup>110</sup>. Vom Anfang der sechziger Jahre an waren aber immer mehr Deutsche in den örtlichen Volksräten zu finden<sup>111</sup>. Am 27. Januar 1964 schrieb die NZ<sup>112</sup> u. a. folgendes: »Wohl könnte man heutzutage im ganzen Lande keine von Schwaben bewohnten Ortschaften finden, wo die gewählten behördlichen Organe und die Volksfrontausschüsse dem zahlenmäßigen Anteil der deutschen Bevölkerung nicht entsprechen würden.« 1962 entfielen auf 340 Abgeordnete der Landesversammlung Ungarns fünf Deutsche<sup>113</sup>. Trotz dieser Entwicklung äußerte sich die II. Landeskonferenz des Deutschen Verbandes

<sup>107</sup> »Europa Ethnika«, (im Weiteren EE), 1962, S. 38.

<sup>108</sup> NZ, 4. 1. 1963, S. 1.

<sup>109</sup> NZ, 27. 4. 1962, S. 5.

<sup>110</sup> NZ, 26. 5. 1961, S. 3.

<sup>111</sup> »Népszabadság«, 26. 2. 1963, S. 7.

<sup>112</sup> NZ, 27. 1. 1964 (Erfolge und Pläne der Patriotischen Volksfront im Komitat Veszprém).

<sup>113</sup> EE, 1962, S. 92.

selbstkritisch (1964) wegen der politischen Gleichgültigkeit eines Teiles der Deutschen in Ungarn: »Unter den Schwaben findet man noch Zurückhaltende und Zögernde, wenn es gilt, eine leitende Position auf politischem Gebiet zu übernehmen. Das ist besonders bei der älteren Generation zu beobachten, die viel konservativer als die Jugend ist und deshalb auch mehr an überholten Auffassungen festhält«. Der Verband werde keine Gelegenheit versäumen, diesen Erscheinungen erfolgreich entgegenzutreten<sup>114</sup>. Selbst die Umwandlung der Bezeichnung des Deutschen Verbandes weist klar auf die Ausdehnung seiner Aufgaben und auf die Einschaltung in die Politik hin: Er wurde 1955 als Deutscher Kulturverband errichtet, 1956 in Demokratischer Verband Deutscher Werktätiger in Ungarn umbenannt<sup>115</sup>. Die tatsächlich sehr aktive Tätigkeit des Verbandes begann allerdings erst 1958. 1957 begann man, zwecks Aufklärungsarbeit und Förderung der Teilnahme der Deutschen am politischen und kulturellen Leben des Landes, massenpolitische Kundgebungen zu organisieren. Der Beschluß des Politischen Komitees des ZK der USAP vom 7. Oktober 1958 bedeutete eine positive Bewertung der Nationalitäten, unter ihnen der Deutschen: »Zur Zeit der Gegenrevolution stellte sich der Großteil der Nationalitäten-Werkstätigen auf die Seite der Volksmacht und nach der Liquidierung der Gegenrevolution beteiligten sich, zusammen mit den ungarischen auch die Werkstätigen der Nationalitäten am Kampf für wirtschaftliche und politische Konsolidierung«<sup>116</sup>.

Als gesellschaftliches Programm des Deutschen Verbandes wurde die Beschleunigung der Annäherung an die übrigen Bürger Ungarns bestimmt: »Selbstverständlich kann der Angehörige dieser oder jener Nationalität weder als Einzelperson noch als Mitglied einer Gesellschaft zufrieden und glücklich sein, wenn er sich in seiner Eigenschaft als Angehöriger einer Nationalität von seinen Mitmenschen isoliert... Wir wollen auf der Grundlage der Bündnispolitik, der Einheit der sozialistischen Gesellschaft... die sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen«<sup>117</sup>.

Parallel mit der Zurückgewinnung des nationalen Selbstbewußtseins, des Stolzes für die eigene Nationalität verschwanden auch in der Staatsnation die letzten Spuren des Mißtrauens gegenüber der deutschen Minderheit und bald wurde es diese Minderheit, welche ungarischerseits weitaus die größte Sympathie und Anerkennung gewann — teilweise sogar auf Kosten der übrigen Nationalitäten. Ende der siebziger Jahre und Anfang der achziger Jahre trug die rasche Annäherung zwischen Ungarn und Österreich zu dieser Entwicklung noch mehr bei.

<sup>114</sup> NZ, 4. 12. 1964, S. 1 f.

<sup>115</sup> »Magyarország«, 1967, Nr. 27, S. 5.

<sup>116</sup> NZ, 28. 5. 1963, S. 3—4. Zitiert im Rechenschaftsbericht des Vorstandes des Verbandes Ungarländischer Deutschen, vorgetragen von Dr. F. Wild.

<sup>117</sup> EE, 1963, S. 91 (Wild: Auf der Arbeitssitzung des Verbandes).

### 3. Der Anfang der kulturellen Entwicklung

Auf dem Gebiet der Kultur und Bildung hatte die deutsche Minderheit vieles aufzuholen: während nämlich die übrigen Nationalitäten die kulturelle Arbeit unmittelbar nach dem Krieg begannen, konnten dies die Deutschen sehr vorsichtig erst gegen Ende der fünfziger Jahre tun. Die erste deutsche Kulturgruppe entstand sogar erst Anfang 1961 in Gyula<sup>118</sup>. Wild betonte 1971 im Gesellschaftlichen Komitee des Verbandes: »Unsere wichtigste Aufgabe ist die sozialistische Erziehung der in Ungarn lebenden Deutschen, die ständige Hebung ihres Bildungsstandes, die Pflege und Förderung des fortschrittlichen Erbes der Deutschen in Ungarn<sup>119</sup>.« Es ist aber selbstverständlich, daß es sich hier nur um eine in der Form nationale, im Inhalt aber eine einheitliche, sozialistische Kultur handeln konnte<sup>120</sup>, wie bei allen Nationalverbänden.

Der Verband erzielte während kurzer Zeit große Erfolge: er organisierte lokale Kulturgruppen, manchmal gemeinsam mit der ungarischen Bevölkerung der einzelnen Ortschaften<sup>121</sup>. Die Bedeutung dieser Kulturgruppen besteht nicht nur darin, daß sie mit einem Kulturprogramm (Tanz, Chor, Musik, Bühnenkunst usw.) auftreten, sondern auch darin, daß die einzelnen Kulturgruppen der Nachbardörfer eng zusammenarbeiten, gemeinsam auftreten und dadurch die vorher oft sogar voneinander isolierten deutschen Volksgruppen einander näherbringen. Diese Vorstellungen werden in der Regel in zwei Sprachen veranstaltet, damit auch die nichtdeutsche Bevölkerung an ihnen teilnehmen kann und alles versteht. Schon 1961 besuchten z. B. die Kulturgruppen von Csonok, Szigetújfalu, Tatabánya und Pilisvörösvár mit ihren Programmen 48 Ortschaften mit einer größeren Zahl deutscher Bevölkerung<sup>122</sup>. Der Verband organisierte schon zwischen 1955 und 1959 jährlich 12 bis 18 Kultur-Rundreisen (insgesamt 76), durch welche 210 Ortschaften mindestens einmal, viele aber öfters besucht wurden. Dies in der Anfangsperiode der Tätigkeit des Verbandes und der Kulturgruppen. Es wurden auch Friedens- und Freundschaftsabende, Nationalitätenabende, Bälle, Arbeiter- und Bauertreffen, Vorträge, Gastspiele mit Berufskünstlern, hauptsächlich aber mit Amateurkünstlern veranstaltet<sup>123</sup>.

Bald nach der Aktivierung des Verbandes kam erneut eine vorausgesehene Entwicklung: Die Deutschen haben ihre frühere Zurückhaltung im allgemeinen überwunden, an den Veranstaltungen nahmen aber in der ersten Zeit eher nur ältere Menschen teil<sup>124</sup>. Es brauchte Zeit, bis auch die Jugend für die eigene Kultur Interesse zeigte. Die Veranstaltungen werden in der Regel in den Kulturhäusern der Ortschaften unter aktiver Mitwirkung des örtlichen Volksrates und der Volksfrontorganisation abgehalten — wenn der Verband über ein eigenes Kultur-

<sup>118</sup> Kővágó, A nemzetiségi kérdés, S. 40.

<sup>119</sup> EE, 1962, S. 38.

<sup>120</sup> EE, 1963, S. 135.

<sup>121</sup> Z. B. in Pilisvörösvár: NZ, 13. 10. 1961, S. 3.

<sup>122</sup> NZ, 8. 12. 1961, S. 1.

<sup>123</sup> NZ, 7. 5. 1965, S. 3.

<sup>124</sup> NZ, 5. 2. 1965, S. 1—2.

heim nicht verfügt. Der Verband hat die Kulturgruppen materiell und moralisch unterstützt, allein im Jahre 1965 20 bis 25; er ließ den Leitern und Fachberatern, den fachlichen Betreuern Honorare zahlen, er sorgte für die Trachten, deckte die Kosten der Gastpielreisen, sicherte die Auftrittsmöglichkeiten, popularisierte die Arbeit in der Presse usw. Berühmt und aktiv wurden wieder die schwäbischen Blaskapellen<sup>125</sup>. Für die Leiter der verschiedenen Kulturgruppen wurden und werden seit Anfang der sechziger Jahre Fortbildungskurse organisiert<sup>126</sup>. Die meisten Kurse dienen allerdings für die Leiter der Kulturgruppen aller vier Nationalitäten<sup>127</sup>. Neben den allgemeinen Kursen für die Leiter und Mitglieder der Kulturgruppen wurden auch spezialisierte Sommerkurse für engere Fachgebiete eingeleitet<sup>127a</sup>. Der Verband veranstaltete vom Ende der fünfziger Jahre an auch politische Versammlungen, Nationalitätentage, Traditionsabende usw.<sup>128</sup>, er fördert die Volksliedersammlung und unterstützt die Erforschung der Geschichte der von den Deutschen bewohnten Ortschaften<sup>129</sup>, er forciert den Bau von Kulturheimen für die kulturelle und künstlerische Freizeitgestaltung der deutschen Minderheit. Diese Heime wurden manchmal durch »gesellschaftliche Arbeit« gebaut<sup>130</sup>. In Ortschaften mit relativ großer Zahl deutscher Einwohner ist öfters auch der Direktor des örtlichen Kulturheimes, wie auch der Leiter des Gemeinde-Volksfrontkomitees ein Deutscher<sup>131</sup>.

Ein besonderes Ereignis im Leben der deutschen Minderheit ist wieder der traditionelle Schwabenball geworden. Es gibt einen zentralen Ball in Budapest, welcher mindestens einmal im Jahr wiederholt wird und es gibt auch lokale Schwabenbälle. Der Schwabenball war schon in der Zwischenkriegszeit sehr populär, berühmt und gut besucht; während seiner Lebzeit war nach dem Krieg der ehemalige Ministerpräsident, Ferenc Münnich, Schirmherr des zentralen Balles<sup>132</sup>. Ab 1965 kommen viele Gäste auch aus Österreich<sup>133</sup>, um die Schwabenbälle zu besuchen. Zuerst wurden diese Bälle in den Räumlichkeiten der Karl Marx-Universität, später im Zentralgebäude der Gewerkschaften abgehalten; ihnen wohnen in der Regel auch hohe Regierungs- und Parteivertreter, Vertreter der DDR-Botschaft und Delegationen des Bundes Lausitzer Sorben aus der DDR bei<sup>134</sup>. Schon 1964 gab es so viele Gäste am Budapester Ball, daß man ähnliche Bälle in den größeren Städten ebenfalls veranstalten mußte<sup>135</sup>. Die Landes-Schwabenbälle sind die alljährlichen demonstrativen Treffen der Deutschen, mit einer reichhaltigen Trachtenschau.

<sup>125</sup> NZ, 26. 3. 1965, S. 1 (Weiter auf dem bewährten Weg.-Friedrich Wild).

<sup>126</sup> NZ, 12. 7. 1963, S. 1.

<sup>127</sup> NZ, 26. 3. 1965, S. 1.

<sup>127a</sup> NZ, 16. 8. 1963, S. 1.

<sup>128</sup> NZ, 8. 12. 1961, S. 1.

<sup>129</sup> NZ, 26. 3. 1965, S. 1; NZ, 10. 7. 1964, S. 3.

<sup>130</sup> NZ, 12. 4. 1963, S. 5.

<sup>131</sup> NZ, 20. 9. 1961.

<sup>132</sup> NZ, 11. 2. 1968, S. 1.

<sup>133</sup> NZ, 5. 2. 1965, S. 5.

<sup>134</sup> NZ, 8. 2. 1963, S. 1 f.

<sup>135</sup> NZ, 7. 2. 1964, S. 1.

Die kulturelle Tätigkeit des Kulturverbandes ist vor allem deshalb sehr wichtig, weil dadurch die junge Generation in die Bewegung für die Pflege der nationalen Kultur und der Muttersprache stufenweise eingeschaltet werden konnte. In dieser Beziehung gibt es aber sogar in den achtziger Jahren Schwierigkeiten. Die Vorstandssitzung des Demokratischen Verbandes der Ungarndeutschen erörterte im Januar 1985 den Arbeitsplan für 1985 und hob besonders hervor, daß die deutsche Jugend angespornt werden müsse, intensiver bei der Pflege der Nationalitätenkultur und -traditionen mitzuwirken. 1985 sollen Jugendlager in den von Deutschen bewohnten Siedlungen sowie ein Landjugendtreffen usw. veranstaltet werden. Auch die künstlerische Tätigkeit der jungen Generation will der Verband fördern. Zu diesem Zweck wurde für 1985 ein Volkskunstlager im Komitat Vas vorgesehen, in Mohács soll dagegen ein Seminar für deutsche Literatur stattfinden<sup>136</sup>.

Wie erwähnt, fördert der Verband auch die Erforschung der Orts- geschichte, wofür Fachzirkel in den einzelnen Ortschaften entstanden<sup>137</sup>. Auch die traditionellen Schwaben-Hochzeiten läßt der Verband mit den alten Äußerlichkeiten propagieren und organisieren<sup>138</sup>. Er unterstützt materiell und moralisch die Folklore-Forschung<sup>139</sup>, die Volkskunst- und Volksliederforschung<sup>140</sup>.

In der ersten Hälfte der sechziger Jahre erhielt der Verband eine politische Aufgabe: die Popularisierung der DDR als Bastion der Freiheit, mit gleichzeitiger Kritik an der BRD<sup>141</sup>. Auf der zweiten Landeskonferenz des Gesellschaftlichen Komitees des Verbandes<sup>142</sup> erklärte Frau Maria Kemény aus Elek: Sie sei unlängst zu Besuch in der BRD gewesen und habe sich dort davon überzeugt, daß die Landsmannschaften heute keine große Anziehungskraft mehr hätten. Im Zusammenhang mit den Verwandtschaftsbesuchen aus der BRD hieß es im Rechenschaftsbericht Wilds auf der II. Landeskonferenz: »Die Auswirkungen dieser Beziehungen auf die auch von Deutschen bewohnten Gemeinden sind einerseits vorteilhaft für unsere sozialistische Entwicklung, andererseits bilden sie sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine gewisse Belastung. So existieren auch gewisse extreme Fälle: Agenten des Bundesdeutschen Nachrichtendienstes versuchen, Besucher aus unserer Heimat für Spionagetätigkeit anzuwerben und sie in den Dienst ihrer revanchistischen Kriegsziele zu stellen. Es gibt Reisende, die sich noch immer durch das schon oft gelobte Wirtschaftswunder beeindrucken lassen. Dagegen reisen viele mit Enten, Gänsen, Salami, Schnaps und Wein bepackt zu ihren Verwandten und beweisen somit, daß man im Sozialismus doch recht gut leben kann... Von politischem Gesichtspunkt aus erscheinen die Reisen in die DDR und auch in die anderen sozialistischen Staaten

<sup>136</sup> Ausführlicher: UPD, 25. 1. 1985, S. 1—2 (Vorstandssitzung des Demokratischen Verbandes der Ungarndeutschen).

<sup>137</sup> NZ, 14. 19. 1962, S. 2.

<sup>138</sup> NZ, 15. 6. 1962, S. 4.

<sup>139</sup> NZ, 27. 1. 1967, S. 4.

<sup>140</sup> NZ, 28. 9. 1962, S. 3.

<sup>141</sup> NZ, 21. 10. 1961, S. 4.

<sup>142</sup> NZ, 15. 12. 1961, S. 3.

äußerst wünschenswert<sup>143</sup>.« 1962 wurde anlässlich einer Veranstaltung in Veszprém vom Parteisekretär die Frage gestellt, ob die ehemaligen ungarländischen Schwaben in beiden deutschen Staaten Sehnsucht zur Rück-siedlung hätten? Wilds Antwort lautete: »Die alte Generation denkt oft an ihr Dorf, ihre Verwandten und Bekannten. Ihre Begriffe über Ungarn, über unsere neuen Verhältnisse beginnen sich zu klären... Selbst die jungen Leute haben Verständnis für die Gefühle der älteren Generation«. Auf die Frage, ob die BRD und die DDR eine Anziehungskraft auf die Deutschen in Ungarn ausübten, sagte Wild: »Die Ausgesiedelten leben in der DDR unter außerordentlich günstigen Bedingungen... Manche von ihnen kommen zu uns auf Besuch, verweilen jedoch nur für kürzere Zeit in Ungarn, denn sie haben sich den materiell günstigen Verhältnissen in der DDR angepaßt.« Merkwürdigerweise unterließ es Wild, auf die eigentliche Frage zu antworten, er unterließ es sogar, die BRD direkt zu erwähnen<sup>144</sup>. Für die Propagierung der Freundschaft mit der DDR wurden und werden Freundschaftstage, -wochen und -abende, Solidaritätswochen usw. veranstaltet, an welchen ein Vertreter der DDR-Botschaft immer teilnimmt<sup>145</sup>. Anlässlich des 12. Jahrestages der Gründung der DDR wurde in Fünfkirchen (Pécs) eine ungarisch-deutsche Freundschaftswoche organisiert<sup>146</sup>. Der Verband arbeitet bei der Propagierung der DDR mit dem Kultur- und Informationsbüro der DDR in Budapest zusammen; dieses Büro vermittelt Referenten für die Propagandareisen<sup>147</sup>.

Die besten Kulturgruppen reisen heute immer mehr nach Österreich und treten dort mit ihren Programmen auf. Diese Entwicklung hat in den achtziger Jahren einen noch größeren Aufschwung bekommen. In der Presse des Verbandes verschwinden die kritischen Bemerkungen über die BRD.

Eine beinahe unbekämpfbare Schwierigkeit hängt aber sowohl im kulturellen Leben der deutschen Minderheit als auch im Deutschunterricht mit den vielen Dialekten zusammen. Die deutsche Minderheit in Ungarn hat 25 verschiedene Mundarten, was mit der Geschichte des ungarländischen Deutschtums zusammenhängt. Anlässlich der großen Ansiedlungsaktionen des 18. Jahrhunderts kamen deutsche Siedler aus verschiedenen deutschen Regionen; auch die schon früher in Ungarn angesiedelten Deutschen haben ihre eigene Mundart. Wie man jedoch betont, bewahrt die deutsche Minderheit teilweise gerade dank diesen Mundarten einen außerordentlichen Reichtum an Nationalitätenkultur. Diese Kultur wird während der letzten 20 bis 25 Jahren wissenschaftlich bearbeitet und gefördert. Über die Volkskultur der Deutschen in Ungarn wurden mehrere wertvolle Werke veröffentlicht<sup>148</sup>. Die Folge der verschiedenen Mundarten ist, daß die die Literatursprache lernenden Kinder und die Eltern einander manchmal nur mit Mühe verstanden haben bzw.

<sup>143</sup> NZ, 4. 5. 1964, S. 1 f.

<sup>144</sup> NZ, 4. 5. 1962, S. 3.

<sup>145</sup> NZ, 24. 8. 1961, S. 3.

<sup>146</sup> NZ, 10. 11. 1961, S. 3.

<sup>147</sup> NZ, 1. 12. 1961, S. 3; 15. 9. 1961, S. 3.

<sup>148</sup> UPD, 5. 5. 1976 (Nationalitätenpolitik, Nationalitätenbewußtsein. Über die Arbeit des Demokratischen Verbandes der Deutschen in Ungarn).

teilweise auch heute noch verstehen<sup>149</sup>. Dies bezieht sich allerdings auch auf die südslawische Minderheit, welche genau so viele Mundarten hat wie die deutsche.

Eine für die Nationalitäten traurige Erscheinung ist die Assimilierungstendenz; gerade deshalb ist die Pflege der nationalen Kultur und Muttersprache sowie des Schulwesens sehr wichtig, weil die Beschleunigung dieser Erscheinung in einem Land, wo die Nationalitäten so verstreut leben wie in Ungarn, dadurch verhindert wird.

Das Institut für Sozialwissenschaften der Akademie der Wissenschaften veranstaltete Mitte der sechziger Jahre unter Teilnahme von eingeladenen Fachleuten und Vertretern der Nationalitätenverbände eine den Assimilierungstendenzen gewidmete Konferenz. Die Vertreter der Nationalitäten — besonders jene der slawischen — protestierten gegen jegliche, angebliche Beschleunigung der Assimilierung, die mit der Vernachlässigung der Industrialisierung der Siedlungsgebiete der Nationalitäten und dadurch mit dem indirekten Zwang letzterer zusammenhängt, Brot außerhalb ihres Heimatortes zu verdienen. Die »objektivbedingte« Assimilierungstendenz könne man dagegen kaum vollständig verhindern, stellte man fest. Unter den Vertretern der Nationalitäten gab es Stimmen, wonach die nichtungarischen Eltern verpflichtet werden sollten, ihre Kinder nur in nichtungarische Schulen zu schicken<sup>150</sup>. Anfang der sechziger Jahre setzten sich die Nationalitätenverbände für die Pflege der Muttersprache und der nationalen Kultur in erster Linie deshalb ein, weil sie dadurch die zunehmende Assimilierung verhindern oder mindestens verlangsamen wollen<sup>151</sup>.

Es untersteht keinem Zweifel, daß dieser Assimilierungsgefahr die deutsche Minderheit wesentlich mehr ausgesetzt ist, als die Slawen oder die Rumänen, in erster Linie aus kulturellen und zivilisatorischen, vor allem aber aus historischen Gründen. Die ungarische Staatsnation fühlt sich den Deutschen unvergleichbar näher als den übrigen Nationalitäten.

#### 4. Wiederentstehung und Entwicklung der deutschen Schulen

Die erste deutsche Schule wurde 1951 eröffnet, das Netz der deutschen Schulen wurde aber erst 1959/1960 ausgebaut<sup>152</sup>. Erst nach 1958 nahm die Entwicklung ein größeres Tempo. Mitte der sechziger Jahre fiel aber die Entwicklung wieder zurück. Für die Anfangsperiode der Entwicklung der deutschen Grundschulen sind folgende Zahlen charakteristisch: 1960 gab es 150 Grundschulen, in welchen die deutsche Sprache in drei Wochenstunden für 12.000 deutsche Schüler unterrichtet wurde. Schulen mit deutscher Unterrichtssprache gab es nur drei mit 150 Schülern; in den ersterwähnten Schulen arbeiteten 230, in den weiteren

<sup>149</sup> »Petőfi népe«, 14. 2. 1972, S. 3.

<sup>150</sup> Kővágó, A nemzetiségi kérdés, S. 51—55.

<sup>151</sup> Vgl. z. B. NZ, 11. 8. 1961, S. 4 (Tag der Genossenschaftsbauern und der Nationalitäten in Elek).

<sup>152</sup> Kővágó, A nemzetiségi kérdés, S. 33.

<sup>153</sup> NZ, 31. 8. 1962, S. 1 f.

Schulen 20 deutsche Pädagogen<sup>153</sup>. 1965 wurden aber nur 130 Schulen mit Unterricht der deutschen Sprache registriert, mit nur 11.000 Schülern<sup>154</sup>. Als die Liberalisierung des politisch-gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in Ungarn besonders ab 1963 stufenweise ausgedehnt wurde, gerieten die Nationalitätenschulen in Gefahr, während in der Zeit der Unterdrückung das Nationalbewußtsein und -gefühl viel stärker existierten. Das erste deutsche Gymnasium wurde 1956 in Baja eröffnet, die anderen drei — eigentlich eher deutsche Abteilungen — entstanden 1957<sup>155</sup>. Die Schülerzahl in den vier Gymnasien war 1963 lediglich 600. Außerdem gibt es noch eine deutsche Abteilung der Lehrerbildungsanstalt in Fünfkirchen, gegründet 1956 für die Ausbildung von Deutschlehrern. 1958 wurde sie in ein pädagogisches Gymnasium umgewandelt. Das Interesse für die Mittelschulen war aber unter den deutschen Jugendlichen sehr gering. 1963 konnte man mit Mühe 130 Schüler in die ersten Klassen der vier Gymnasien anwerben, es blieben aber noch freie Plätze<sup>156</sup>. 1965 sank diese Zahl weiter<sup>157</sup>. Das Gymnasium mit deutscher Unterrichtssprache in Baja hatte insgesamt 126 Schüler (im Jahre 1962)<sup>158</sup>. Der Unterricht erfolgte in den Gymnasien auf einem hohen Niveau und 1961 entschlossen sich 80 % der Arbiturienten, an Hochschulen weiterzulerernen<sup>159</sup>. Das Niveau der Grundschulen war dagegen — infolge der Fluktuation bzw. des Mangels an Lehrern — anfangs ziemlich niedrig. 1962 wurden daher in die ersten Gymnasialklassen viele Bewerber nicht aufgenommen<sup>160</sup>. Die größten Schwierigkeiten entstanden und entstehen teilweise auch heute für die Eltern bei der Unterbringung der Kinder aus dem Lande in Internaten, und zwar sowohl in Fünfkirchen als auch in Baja<sup>161</sup>.

Im Gegensatz zu den Gymnasien der übrigen Minderheiten werden jene der deutschen Minderheit von Anfang an auch von vielen ungarischen Schülern besucht. 1962 waren die Anteile der ungarischen Schüler wie folgt: Fünfkirchen — 35 %, Kőszeg — 25 %, Baja — 14 % und Budapest über 60%<sup>162</sup>. 1963 bestand lediglich ein Drittel der Schüler des Budapester deutschen Gymnasiums aus deutschen Schülern<sup>163</sup>.

In den sechziger Jahren beklagte sich die deutsche Zeitung wegen der schlechten Versorgung der deutschen Schulen mit Schulbüchern<sup>164</sup>, obwohl die DDR schon damals Lehrbücher lieferte und auch heute liefert<sup>165</sup>. Eine weitere Schwierigkeit entsteht bei der Rekrutierung der Schüler für die deutschen Gymnasien; der Deutsche Verband unternimmt

<sup>154</sup> NZ, 27. 8. 1965, S. 1.

<sup>155</sup> NZ, 1. 8. 1962; EE, 1962, S. 181.

<sup>156</sup> NZ, 3. 5. 1965, S. 1.

<sup>157</sup> NZ, 27. 8. 1965, S. 1.

<sup>158</sup> NZ, 7. 9. 1962, S. 4.

<sup>159</sup> NZ, 18. 8. 1961, S. 2.

<sup>160</sup> NZ, 7. 9. 1962, S. 4.

<sup>161</sup> NZ, 23. 11. 1962, S. 4; NZ, 6. 10. 1961, S. 3.

<sup>162</sup> NZ, 26. 6. 1962, S. 1 (Vor Schulabschluß und vor Schulbeginn der deutschen Gymnasien).

<sup>163</sup> NZ, 8. 2. 1963, S. 3 (Z. Paulinyi: Über den ungarndeutschen Klassenzug am Eötvös Gymnasium).

<sup>164</sup> Kővágó, A nemzetiségi kérdés, S. 39.

<sup>165</sup> NZ, 14. 9. 1963, S. 1.

große Anstrengungen, um die Eltern zu gewinnen, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken, aber oft erfolglos. Auch die Lehrer der deutschen Gymnasien propagieren öfters ohne sichtbare Erfolge den deutschen Unterricht, sie besuchen die umliegenden Ortschaften und führen Gespräche mit den Eltern<sup>166</sup>. In Mágocs ging der Schuldirektor von Haus zu Haus, um die Eltern über die Notwendigkeit des muttersprachlichen Unterrichtes zu überzeugen<sup>167</sup>. Ein Bericht aus dem Jahre 1963 lautet wie folgt: »Ich habe mit einigen Müttern gesprochen, die mir erzählten, daß bei ihnen zu Hause höchstens die Großeltern noch schwäbisch sprechen. Sie wollen die alte Sprache auch den Enkelkindern beibringen. Dies gelingt ihnen jedoch nur selten, denn einerseits sprechen die Eltern fast ausschließlich ungarisch mit den Kindern, und andererseits gibt es hier in den Grundschulen keinen Deutschunterricht, der natürlich eingeführt werden könnte, wenn sich die Eltern entschließen würden, diesen zu verlangen.«<sup>168</sup>. In Mór besteht ein großer Teil der Bevölkerung aus Deutschen, trotzdem gab es wenig Schüler in der Unterstufe der Grundschule, die deutsch lernen wollten<sup>169</sup>. Hier wurde ein Sprachunterricht für erwachsene Deutsche gestartet, um auf die Einstellung der Eltern Einfluß ausüben zu können. Der Deutsche Verband wandte sich an die deutschen Eltern, sie sollten ihre Kinder in deutsche Schulen schicken. 1963 berichtete die NZ<sup>170</sup>: »In Dutzenden von Dörfern, in denen auch Schwaben wohnen, ja sogar in Dörfern, in denen sich die gesamte Bevölkerung aus Deutschen zusammensetzt, ist der Deutschunterricht bis zum heutigen Tag nicht eingeführt. Deutsche Kindergärten, in denen man sich mit den schwäbischen Kindern auch in deutscher Sprache befaßt, sind an den Fingern abzuzählen... Aus Meldungen der deutschen Gymnasien geht hervor, daß noch nicht alle Plätze besetzt sind. In der Nationalitätenabteilung der Kindergärtnerinnen-Ausbildungsanstalt in Ödenburg [Sopron], der höheren Lehrerbildungsanstalt in Budapest, sowie an den deutschen Lehrstühlen für Lehrerbildung in Fünfkirchen und an den Universitäten gibt es noch freie Plätze. Bald werden die künftigen ABC-Schützen der Grundschulen eingeschrieben werden. Dabei wird den schwäbischen Eltern auch die Frage gestellt, ob sie ihre Jungen oder Mädchen am Deutschunterricht teilnehmen lassen wollen... Für die schwäbischen Eltern gibt es nur einen richtigen Entscheid. Es darf nicht zugelassen werden, daß das Fortbestehen der deutschen Gymnasien gefährdet wird, weil sich zu wenig Schüler melden und weil es an entsprechenden Deutschkenntnissen mangelt. Es darf nicht zugelassen werden, daß in vielen Orten der Deutschunterricht nicht eingeführt werden kann, weil nicht genügend Deutschlehrer zur Verfügung stehen«. Die deutsche Zeitung warf den deutschen Eltern vor: Die ungarischen Eltern geben viel Geld aus, um ihren Kindern das Deutsche beizubringen, viele deutsche Eltern tun es nicht, obwohl sie materiell nicht schlechter stehen<sup>171</sup>.

<sup>166</sup> NZ, 25. 5. 1962, S. 1.

<sup>167</sup> NZ, 11. 1. 1963, S. 1.

<sup>168</sup> NZ, 17. 5. 1963, S. 3.

<sup>169</sup> NZ, 8. 3. 1963, S. 4.

<sup>170</sup> NZ, 3. 5. 1963; EE, 1963, S. 134.

<sup>171</sup> NZ, 28. 5. 1962, S. 1.

1965 äußerten sich die Fachinspektoren für den deutschen Muttersprachenunterricht etwas optimistischer, sie mußten jedoch zugeben, daß die Muttersprachenkenntnisse der deutschen Schüler hinter ihren Ungarischkenntnissen weit zurückblieben. Dank der Agitation des Verbandes hat sich 1965 die Lage positiv geändert und die deutschen Schulen wurden gerettet<sup>172</sup>. Auch die Agitation der Lehrer, so an Elternkonferenzen, in Privatgesprächen usw., wirkte sich positiv aus<sup>173</sup>.

Der Mangel an Deutschlehrern war bis Mitte der sechziger Jahre beträchtlich; im Gymnasium zu Kőszeg mußte z. B. 1962/1963 Erdkunde ungarisch unterrichtet werden, da es keinen Deutschlehrer gab<sup>174</sup>. 1963 waren in den Grundschulen mit deutscher Unterrichtssprache 205 Deutschlehrer tätig, davon hatten aber nur 45 % Deutsch als Fach<sup>175</sup>. In dieser Lage hatten die Fortbildungskurse der Deutschlehrer (zentrale und lokale in den Komitatsstädten) große Wichtigkeit. Den Fortbildungskursen für Deutschlehrer der Gymnasien wohnten auch DDR-Wissenschaftler bei<sup>176</sup>. An den Fortbildungskursen der Grundschullehrer wird nicht nur Sprache unterrichtet, sondern auch andere Aufgaben der Lehrer: Choreographie, Volkslieder usw. Eine wichtige Aufgabe dieser Kurse ist auch, die Lehrer für die außerschulische Arbeit vorzubereiten. Zu einer mäßig positiven Änderung der Lage in den Gymnasien haben die aktiv gewordenen Schüler-Kulturgruppen etwas geleistet, die in den umliegenden Dörfern deutsche Kulturabende organisieren<sup>177</sup>.

Die Lage hat sich in den siebziger und besonders in den achtziger Jahren gebessert; der Vorstand des Demokratischen Verbandes der Ungarländischen Deutschen äußerte sich aber trotzdem für die Gründung weiterer Schulen mit zweisprachigem Unterricht und für die Ausbildung von deutschen Pädagogen (1985)<sup>178</sup>. An einer Landesberatung über die Ausbildung von Kindergärtnerinnen für die Nationalitätenkinder 1985 beklagten sich die Vertreter des deutschen Verbandes: In zahlreichen Kindergärten des Komitates Tolna können die geplanten deutschen Beschäftigungen wegen Mangels an Deutsch-Kindergärtnerinnen nicht eingeführt oder mußten wieder eingestellt werden. In den Nachbarkomitatens sieht es auch nicht viel anders aus. Die Fachmittelschule für Kindergärtnerinnen in Fünfkirchen könne nur eine begrenzte Anzahl von Bewerbern aufnehmen und die Hochschule in Ódenburg — wo Deutsch-Kindergärtnerinnen auf Hochschulebene ausgebildet werden — sei zu weit vom Süden des Landes entfernt. Beschlossen wurde dann die Einführung der Ausbildung von Deutsch-Kindergärtnerinnen an der Szekszárd Hochschule für Lehrerbildung; hier sollen sämtliche Fächer deutsch unterrichtet werden. Geplant wurde zuerst eine ungarndeutsche Gruppe mit 10 Studentinnen, wenn sich aber mehr Bewerberinnen mit zufrieden-

<sup>172</sup> NZ, 3. 5. 1963, S. 3 (Erika Ata: Fachinspektoren besprechen den deutschen Muttersprachenunterricht).

<sup>173</sup> NZ, 29. 12. 1961.

<sup>174</sup> NZ, 7. 9. 1962, S. 4.

<sup>175</sup> NZ, 11. 10. 1963, S. 1.

<sup>176</sup> NZ, 30. 7. 1965, S. 3.

<sup>177</sup> NZ, 17. 3. 1961, S. 4.

<sup>178</sup> UPD, 25. 1. 1985, S. 1—2 (Vorstandssitzung des Demokratischen Verbandes der Ungarndeutschen).

stellenden Sprachkenntnissen melden, kann diese Zahl auf 20 bis 22 erhöht werden<sup>179</sup>.

Anläßlich der Erörterung des Entwurfes des neuen Unterrichtsgesetzes 1985 ergriff der Vizepräsident des deutschen Verbandes, A. Reger, das Wort und betonte im Namen seiner Minderheit: Eines der wichtigsten Mittel der restlosen Bewahrung der weiteren Existenz, der Entwicklung und der gleichen Bildungschancen der Nationalitäten sei der in seinem Inhalt und in seiner Struktur moderne, wirksame Nationalitätenunterricht. Er beklagte sich gleichzeitig: »Es entwickelte sich in unserem Lande als Folge mehrerer historischer Gründe ein solches System des Nationalitätenunterrichtes, das das Prestige der Nationalitätensprachen verringert und das Bewußtsein der nationalen Zugehörigkeit nicht stärkt«. Anschließend berief er sich auf die Beschlüsse des Politischen Komitees des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USA P) von 1978 und 1983, welche die Förderung des Nationalitätenunterrichtes und die Verbreitung zweisprachiger Kindergärten und Schulen verlangten — um seiner Forderung mehr Gewicht zu geben. Er betonte zum Schluß die Wichtigkeit, daß die Nationalitätenkinder sowohl in der Schule als auch in den Kindergärten einen zweisprachigen Unterricht und eine solche Erziehung bekommen<sup>180</sup>.

### *Die »Normalisierung« der Lage der Südslawen*

Die südslawischen Nationalitäten leben in fünf regionalen Gruppen: In der Umgebung von Szeged (Serben), Baja und Umgebung (Bunjewatzen, d. h. Kroaten aus der Herzegowina in 12 Ortschaften), im Komitat Baranya (Schokazen — eher Kroaten mit eigenem Dialekt — in acht Siedlungen verstreut), Zalaegerszeg, Nagykanizsa und Umgebung (Slovenen mit Wendendialekt) und in der Umgebung von Szombathely, entlang der Raab (Slovenen und Kroaten). In der Umgebung von Budapest leben Serben und Bunjewatzen in kleinerer Zahl.

Unmittelbar nach dem Krieg lebten die Südslawen in einem nationalistischen Traum, später kritisierten sie selber die gegen Ungarn gerichteten »niederträchtigen, provokatorischen Verleumdungen der Tito-Bande«<sup>181</sup>. Nach dem Bruch mit Tito 1948 kam es zu einer großangelegten Säuberung im Verband der Südslawen. Von einem provisorischen geschäftsführenden Komitee wurde der I. Kongreß einberufen und den bisherigen Führern hat man vorgeworfen, sie hätten sich von den Massen der Südslawen isoliert. Die Verantwortung wegen der Abweichung von der »demokratischen Linie« wurde ihnen und den reichen Bauern in die Schuhe geschoben<sup>182</sup>. Die Säuberung innerhalb des Verbandes wurde folgendermaßen gerechtfertigt<sup>183</sup>: Die Stellungnahmen der Grundorganisationen und der Mit-

<sup>179</sup> UPD, 2. 5. 1985 (Ab September Ausbildung von Deutsch-Kindergärtnerinnen in Szekszárd).

<sup>180</sup> »Népszabadság«, 19. 4. 1985, S. 2—3.

<sup>181</sup> »Szabad nép«, 29. 7. 1950, S. 3; hauptsächlich: Betlen, S 117.

<sup>182</sup> »Szabad nép«, 31. 7. 1948, S. 4.

<sup>183</sup> »Szabad nép«, 6. 7. 1948 (Die südslawischen Werktätigen in Ungarn schließen die nationalistischen Hetzer aus ihren Reihen aus).

glieder des Verbandes hätten bewiesen, daß die südslawischen Werktätigen trotz Agitation der auf den Weg des kleinbürgerlichen Nationalismus abgerutschten reaktionären Abenteurer nicht bereit gewesen seien, den Weg des Internationalismus und der Zusammenarbeit mit den Volkdemokratien zu verlassen, sich gegen die UdSSR und die marxistisch-leninistischen Parteien zu wenden. Als Aufgabe des Verbandes wurde jetzt die Hetzkampagne gegen Titos Jugoslawien bestimmt. Viele Südslawen wurden nach dem Bruch mit Titos Jugoslawien interniert oder eingesperrt, die übrigen unternahmen alles, um ihre Treue zum ungarischen Regime zu beweisen. Vor einigen Monaten sangen sie noch Loblieder für Tito, jetzt wurde aber die Tito-Bande auf zahlreichen Versammlungen grob verurteilt. In dieser Stimmung, Anfang 1949, wurde die Volkszählung abgehalten und ein wichtiger Artikel in der zentralen Parteizeitung schilderte die Panikstimmung bei den Südslawen wie folgt: »Die Flüsterpropaganda der Reaktion ist bemüht, die Nationalitäteneinwohner der Städte und Dörfer einzuschüchtern: Wir dürfen es nicht wagen, auf den Volkszählungslisten unsere Nationalität anzugeben, denn diese werde Nachteile nach sich bringen«<sup>184</sup>. Das Blatt der Südslawen berichtete: Jene Serben und Kroaten, die nach der »Befreiung« von ihren Nationalitätenrechten Gebrauch machten, hätten Angst, sich als Serben oder Kroaten zu erklären. Es sei also vorstellbar, daß sich im Rahmen der Volkszählung viele Südslawen als Magyaren erklären werden. Die Zeitung verlangte eine Aufklärungsaktion unter den Massen der Südslawen. »Es ist kein Zufall, daß feindliche Gerüchte am häufigsten in den mit Jugoslawien benachbarten Dörfern zu treffen sind. Dies ist die Arbeit der Agenten der Tito-Clique«. 1950 organisierte der Südslawenverband überall »militante Friedensversammlungen«, um die Tito-Clique und die Übeltaten der »Bluthunde Titos« zu entlarven. Auf amerikanische Anweisung hin bereite sich jetzt die Tito-Bande vor, auf dem Balkan einen Krieg zu entfesseln; das war die Grundidee der erwähnten Versammlungen<sup>185</sup>. Anfang 1951, auf dem II. Kongreß der Partei Ungarischer Werktätiger (Kommunisten) erklärte der Vertreter des Verbandes serbisch: »Wir, ungarländische Südslawen, hassen Tito und verteidigen unsere liebe ungarische Heimat«<sup>186</sup>. In der systematischen Friedensagitation der jugoslawischen Grenze entlang spielten die Vertreter der Südslawen eine große Rolle<sup>187</sup>.

Der I. Kongreß des Demokratischen Verbandes der Südslawen wurde am 1. August 1948 schon im Zeichen des Kampfes gegen Tito abgehalten; der neue Generalsekretär, Andrija Hovan, schrieb in der zentralen Parteizeitung: »Die vor einigen Wochen erfolgte Suspendierung der Selbstverwaltung des Südslawenverbandes sei von diesem mit Verständnis akzeptiert.« Gleichzeitig betonte er: Die Suspendierung des Verbandes

<sup>184</sup> »Szabad nép«, 28. 12. 1948, S. 5.

<sup>185</sup> »Szabad nép«, 29. 7. 1950, S. 3 (Die ungarländischen Südslawen prangerten an militanten Friedensversammlungen die niederträchtigen provokatorischen Verleumdungen der Tito-Bande an).

<sup>186</sup> »Szabad nép«, 29. 2. 1951, S. 6.

<sup>187</sup> »Szabad nép«, 16. 9. 1951, S. 9.

werde aufgehoben, sobald der Verband die Garantie liefere, seine Tätigkeit nach demokratischen Prinzipien zu organisieren<sup>188</sup>.

Erst nach Stalins Tod und nach der teilweisen Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Ungarn und Jugoslawien konnte der Südslawenverband seine rein kulturelle Tätigkeit wieder in vollem Umfang aufnehmen. Nach 1956 wurde dann die Lage der Südslawen wesentlich gebessert, u. a. deshalb, weil sie an der »Konterrevolution« angeblich nicht teilnahmen. Der neue Generalsekretär, Ognjenovics, erklärte sogar, die Südslawen hätten die Volksmacht mit Waffen verteidigt<sup>189</sup>. Die angebliche Ablehnung der Konterrevolution hing bei den Südslawen — wie auch bei den Deutschen — eher damit zusammen, daß sie meistens auf dem Lande lebten und dadurch kaum die Gelegenheit hatten, sich dem Aufstand anzuschließen. Sie unterstützten aber die Aufständischen durch Lieferung und Verteilung von Lebensmitteln in Budapest und in anderen Großstädten.

Ein besonderes Problem war und bleibt bei den Südslawen jenes der Kroaten. Es entstand eine Diskussion zwischen der in Österreich erscheinenden kroatischen Zeitung, »Hrvatske Noviny« und der ungarischen Presse. Die kroatische Zeitung schätzte die Zahl der Kroaten in Ungarn auf 80.000 bis 100.000; sie seien aber diskriminiert. Den in Kroatien lebenden 35.000 Ungarn gehe es viel besser. Der jugoslawische Staat nehme zur Nationalitätenfrage positiver Stellung, als Ungarn. Ein Teil der Kroaten in Ungarn sei assimiliert worden<sup>190</sup>.

Im Oktober 1978 wurde in der westungarischen Stadt Szombathely eine Aktivistenversammlung der Nationalitäten dieses Komitates (Vas) abgehalten, wo die Vertreter der 10.000 Kroaten, Slowenen und Deutschen die Stellungnahmen der in den vergangenen Wochen stattgefundenen Dorfversammlungen wie folgt zusammenfaßten: Die Nationalitätenpolitik sei im Komitat sehr erfolgreich. In den 14 Schulen, wo der Unterricht in Nationalitätensprachen erfolgt, lernten 1978 2200 Schüler; 6 Studenten aus dem Komitat Vas studierten an jugoslawischen Universitäten<sup>191</sup>.

### *Slowaken und Rumänen*

Die Slowaken leben hauptsächlich in den nordöstlichen Gebieten Transdanubiens, ferner im Komitat Békés und in Oberungarn. Schon 1946 gab es mehrere slowakische Grundschulen, ein Gymnasium in Békéscsaba und eine »Bürgerschule« (V.—VIII. Klassen) in Tótkomlós mit einer slowakischen Abteilung<sup>192</sup>. Die Vertreibung der Ungarn aus der Tschechoslowakei wirkte sich auf die Lage der Slowaken nicht aus, deshalb hat die Mehrheit der Slowaken trotz großer Propaganda der

<sup>188</sup> »Szabad nép«, 30. 7. 1948, S. 4.

<sup>189</sup> »Népszabadság«, 20. 2. 1963, S. 7.

<sup>190</sup> Pál E. Fehér: Horvátok és magyarok. Lehet-e jó ügyet rossz módszerrel védelmezni? In: »Kritika«, 1978, Nr. 3, S. 8—9.

<sup>191</sup> UPD, 6. 10. 1978 (Komitats-Aktivistensitzung der Nationalitäten).

<sup>192</sup> Betlen, S. 116.

Slowakei und zahlreicher Versprechen bezüglich materieller Vorteile bei Umsiedlung in die Slowakei das Land nicht verlassen<sup>193</sup>. Der Slowakenkongreß in Dezember 1948<sup>194</sup> betonte die Treue zu Ungarn, gleichzeitig äußerte er sich aber auch für die Annäherung zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei. Ungarischerseits wollte man der Agitation aus der Slowakei vorsichtig entgegenwirken und die Slowaken beruhigen, niemand von ihnen werde von Ungarn vertrieben. Der damalige Kultusminister, Gyula Ortutay<sup>195</sup> betonte: »Es ist ein Fehler der Slowaken, daß sich eine chauvinistische Agitation verbreitete und auch heute noch verbreitet, wonach jener, der sich als Slowake erklärt und seine Kinder in slowakische Schulen schickt, trotz seines Willens des Landes verwiesen werde... Die Beharrung auf der slowakischen Nationalität und der Anspruch auf muttersprachliche Schule haben keinen Zusammenhang mit dem Bevölkerungsaustausch.« Trotzdem erklärten sich bei der Volkszählung 1949 zahlreiche Slowaken als Ungarn. Insgesamt ließen sich 73.000 Slowaken umsiedeln, davon 31 % Tagelöhner und Gelegenheitsarbeiter, 19 % arme Bauern, vor 1945 Agrarproletarier. Die Umgesiedelten hatten 11.000 ha Land in Ungarn zurückgelassen, während die aus der Slowakei ausgewiesenen Ungarn (88.000) 137.000 ha zurückließen<sup>196</sup>.

In den sechziger Jahren hat sich die Lage der Slowaken normalisiert. Im Zentrum des ungarländischen Slowakentums, in Békéscsaba, waren etwa 30 % der Bevölkerung durch ethnische und historische Kontakte mit dem Slowakentum verbunden; von den 100 Mitgliedern des Stadtrates waren aber 57, von den 17 Mitgliedern des Exekutivkomitees des Stadtrates 8 Slowaken oder von slowakischer Herkunft. 1969 gab es hier in drei Kindergärten slowakische Abteilungen, 1979 schon 11. Die Slowaken beklagten sich aber, die »Schwesterstadt-Kontakte« mit den Städten in der Slowakei seien nicht zufriedenstellend gefördert<sup>197</sup>.

Der slowakische Verband organisiert — wie auch die übrigen Verbände — Kulturgruppen, Kulturabende, Freundschaftstreffen usw., er sorgt für die Pflege der nationalen Kultur und Muttersprache<sup>198</sup>. Auf der II. Arbeitskonferenz des Verbandes betonte der Generalsekretär: Der Verband erachte es als seine erstrangige Aufgabe, die nationalistischen Erscheinungen zu bekämpfen; deshalb organisierte er u. a. regionale Volksbildungskonferenzen und ähnliche Veranstaltungen<sup>199</sup>. Schon in den sechziger Jahren pflegte der slowakische Verband enge Kontakte mit der Slowakei und bekam von dort Schulbücher<sup>200</sup>. Die Vorstandssitzung des Verbandes verlangte aber 1985, daß in den slowakischen Schulen oder Abteilungen mehr Fächer als bisher in slowakischer Sprache unterrichtet werden sollen<sup>201</sup>.

<sup>193</sup> Kővágó, A nemzetiségi kérdés, S. 61.

<sup>194</sup> »Szabad nép«, 19. 12. 1948, S. 3.

<sup>195</sup> »Szabad nép«, 5. 11. 1945, S. 5.

<sup>196</sup> Kővágó, A nemzetiségi kérdés, S. 29.

<sup>197</sup> »Békés megyei népújság«, 23. 6. 1979, S. 3 (István Bukovinszky).

<sup>198</sup> NZ, 9. 2. 1962, S. 4.

<sup>199</sup> NZ, 27. 11. 1964, S. 3.

<sup>200</sup> »Népszava«, 4. 1. 1966, S. 3.

<sup>201</sup> UPD, 4. 2. 1985, S 1—2 (Vostandssitzung des Verbandes der Slowaken in Ungarn).

\*

Nach dem Krieg schätzte man die rumänische Minderheit auf 15.000 bis 20.000, die meisten von ihnen gehörten zur orthodoxen Kirche und lebten in den Komitaten Bihar, Békés und Csanád-Arad-Torontál. Nach dem Krieg waren 79 % von ihnen Bauern<sup>202</sup> und seitdem hat sich diese Lage nicht wesentlich geändert. Der Demokratische Verband Ungarländischer Rumänen propagierte von Anfang an den Kampf gegen den rumänischen Nationalismus<sup>203</sup>. 1964 unterrichteten 150 Lehrer in Grund- und Mittelschulen rumänisch und sorgten für die Pflege der nationalen Kultur<sup>204</sup>. Auch die rumänische Minderheit hat gute Kontakte mit Rumänien und bekommt von dort Schulbücher und Lehrmittel<sup>205</sup>.

Der Generalsekretär des Verbandes, Szilágyi, erklärte in einem Interview 1983: »Unsere primäre Tätigkeit besteht in der politischen Erziehungs- und Aufklärungsarbeit. Die größte Energie widmen wir den muttersprachlichen und kulturpolitischen Aufgaben... Gleichzeitig obliegt unserem Verband... der Interessenschutz der rumänischen Nationalität... Wir können uns in der Weise in die Gestaltung der Landespolitik einschalten, indem wir den Einwohnern rumänischer Nationalität nicht nur die aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Aufgaben in der Muttersprache vermitteln, sondern auch behilflich sind, daß sie diese Zielsetzungen begreifen und bei deren Verwirklichung mitwirken... Bei dieser Tätigkeit sind uns die in rumänischer Sprache erscheinende Presse, die mündliche Agitation, unsere Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen und die sogenannten Nationalitätenklubs behilflich... Wir möchten gerne unsere Kontakte mit Rumänien im Geiste der Politik der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei erweitern. Dazu erwarten und erhalten wir auch auf gewissen Gebieten vom Mutterland Hilfe... Wir möchten, daß dieses Zusammenwirken zwischen Ungarn und Rumänien lebendiger, reger wäre, damit auch die ungarischen Staatsbürger rumänischer Nationalität in jeder Hinsicht die Rolle einer Brücke zwischen zwei Nationen erfüllen könnten... Es gibt keine Probleme in unserem Verhältnis [zur Kirche, L. R.], die Kontakte sind geregelt. Die Kirche unterstützt sogar die Verbreitung unserer in rumänischer Sprache erscheinenden Publikationen, selbst dann, wenn diese nicht ausgesprochen für Gläubige bestimmt sind. Vor der Befreiung existierte in Ungarn keine Literatur in rumänischer Sprache... Heute verfügen wir schon über talentierte, junge Intellektuelle, in deren Reihen sich die Künstler der Zukunft befinden können.«<sup>206</sup>

Wegen der ungarnefeindlichen rumänischen Politik ist es aber der rumänischen Minderheit nicht gelungen, die erwünschte Rolle einer Brücke zu spielen.

<sup>202</sup> Betlen, S. 117.

<sup>203</sup> NZ, 11. 9. 1964, S. 3.

<sup>204</sup> NZ, 1. 9. 1964, S. 3; NZ, 18. 2. 1966.

<sup>205</sup> »Népszava«, 4. 11. 1966, S. 3.

<sup>206</sup> »Magyar nemzet«, 14. 4. 1983. Vgl. auch: UPD, 20. 4. 1983 (Interview mit dem Vertreter der in Ungarn lebenden Rumänen).

*Schrifttumsverzeichnis*

- 1980 évi népszámlálás [Volkszählung vom Jahre 1980]. Bd. 21: Demográfiai adatok [Demographische Angaben]. Budapest 1981.
- Bellér, Béla: A magyarországi németek rövid története [Kurze Geschichte der ungarländischen Deutschen]. Budapest 1981.
- Betlen, Oszkár: A nemzetiségek Magyarországon [Die Nationalitäten in Ungarn]. In: »Társadalmi szemle«, Budapest 1956. S. 115 f.
- Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bd. II. Schicksal der Deutschen in Ungarn. Düsseldorf 1956.
- Féher, Pál E.: Horvátok és magyarok. Lehet-e jó ügyet rossz módszerrel védelmezni? [Kroaten und Ungarn. Kann man eine gute Sache mit schlechter Methode verteidigen?]. In: »Kritika«, Budapest, 1978, Nr. 3, S. 8—9.
- Fónyad, Pál: A magyarországi protestantizmus rövid története 1948—1978 [Kurze Geschichte des ungarländischen Protestantismus]. In: Magyar változások [Ungarische Änderungen], 1979, Nr. 13, S. 113—122.
- Hatályos jogszabályok gyűjteménye [Sammlung gültiger Rechtsnormen]. 1945—1968. Bd. II. Budapest 1969.
- Herczeg, Ferenc: Az MSZMP nemzetiségi politikája [Die Nationalitätenpolitik der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei]. Budapest 1978.
- Joó, Rudolf: Nemzeti és nemzetiségi önrendelkezés, önkormányzat, egyenjogúság [Nationale- und Nationalitäten-Selbstbestimmung, Selbstverwaltung, Gleichberechtigung]. Budapest 1984.
- Kardinal Mindszenty warnt. In: Mindszenty-Dokumente. Bd. I. Reden, Hirtenbriefe, Presseerklärungen, Regierungsverhandlungen 1944—1946. Bearbeitet und übersetzt von József Vécsey und Johann Schwendemann. St. Pölten 1956.
- Kövágó, László: A nemzetiségi kérdés a Magyar Népköztársaságban [Die Nationalitätenfrage in der Ungarischen Volksrepublik]. 2. Aufl., Budapest 1968.
- Kövágó, László: A magyar kommunisták és a nemzetiségi kérdés [Die ungarischen Kommunisten und die Nationalitätenfrage]. Budapest 1983.
- Révész, László: Die nationalen Minderheiten in Ungarn. In: Brunner, Georg; Meißner, Boris (Hrsg.): Die Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion und in Osteuropa. Köln 1982, S. 165—188.
- Stefka, István: Hol a haza? Nemzetiségek Magyarországon 1945—1980 [Wo ist die Heimat? Die Nationalitäten in Ungarn 1945—1980]. Budapest 1982.
- Tilkovszky, Lóránt: Ez volt a Volksbund. A német népcsortpolitika és Magyarország 1938—1945 [Das war der Volksbund. Die deutsche Volksgruppenpolitik und Ungarn 1938—1945]. Budapest 1978.
- Törvények és rendeletek hatályos gyűjteménye 1961 [Gültige Sammlung von Gesetzen und Verordnungen]. Budapest 1962.
- Thúróczy, Károly: A hazánkban élő nemzetiségek helyzetéről [Über die Lage der in unserer Heimat lebenden Nationalitäten]. In: »Pártélet«, Budapest 1955, Nr. 4.
- Weidlein, Johann: Geschichte der Ungarndeutschen in Dokumenten 1938—1950. Schorndorf 1950.
- Zsolnay, Vilmos von: Das Schulwesen in der Ungarischen Volksrepublik. Mannheim; Berlin 1968.

*Zeitungen und Periodika*

Békés megyei népújság  
Dolgozók lapja  
Donau Bote (München)  
Élet és tudomány  
Europa Ethnika  
Hajdú-Bihari napló

Die Karpatenpost. Organ der Karpatendeutschen Landsmannschaft der Slowakei, Stuttgart

Kritika

Magyar hírlap

Magyar közlöny

Magyar nemzet

Magyar szó (Novi Sad)

Magyarország

Neue Zeit

Népszava

Népszabadság

Népújság

Pártélet

Petőfi népe

Somogyi néplap

Társadalmi szemle

Tolna megyei népújság

Új szó (Preßburg)

Ungarischer Presse Dienst UPD (Wien)